

AMNESTY

MAGAZIN DER MENSCHENRECHTE

Nr. 116
Dezember 2023



KUNST UND MENSCHENRECHTE

WENN BILDER PROTESTIEREN

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ
Die Gefahr liegt woanders

NAHOST
Was kann die Schweiz tun?

BRIEFMARATHON 2023
Mit Briefen Leben verändern

GENERALVERSAMMLUNG 2024

WIR FREUEN UNS, SIE ZUR NÄCHSTEN GENERALVERSAMMLUNG (GV)
DER SCHWEIZER SEKTION VON AMNESTY INTERNATIONAL EINZULADEN!
RESERVIEREN SIE SICH SCHON JETZT DAS DATUM:

SAMSTAG, 25. MAI 2024



Gemeinsam werden wir **in Biel** den statutarischen Teil verabschieden und die neuen Mitglieder des Vorstands und der Geschäftsprüfungskommission wählen sowie über die eingereichten Motionen abstimmen.

Sie haben die Gelegenheit, einer spannenden Podiumsdiskussion zu folgen und in Workshops mitzumachen. Dieser Tag wird Ihnen vor allem aber die Gelegenheit bieten, sich kennenzulernen und miteinander über Kampagnenthemen, Motionen und Ihr Engagement bei Amnesty International zu diskutieren.

Wir freuen uns sehr darauf, den Tag mit Ihnen zu verbringen!

Die Anmeldung ist ab Anfang März möglich.

Um bei der GV stimmberechtigt zu sein, müssen Sie seit mindestens vier Monaten vor der GV Mitglied sein (Beitritt spätestens am 25. Januar 2024) und Ihren Jahresbeitrag bezahlt haben.

Motionen und Postulate können **bis zum 30. März 2024** eingereicht werden. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Website: www.amnesty.ch/gv

Impressum: AMNESTY, Magazin der Menschenrechte, Nr. 116, Dezember 2023. **Redaktion:** Manuela Reimann Graf (mre), Natalie Wenger (nwe). **Mitarbeiter*innen dieser Nummer:** Nina Apin, Jean-Marie Banderet, Laurent Goetschel, Alexandra Karle, Tobias Oellig, Arndt Peltner, Olalla Piñeiro Trigo, Antonio Prokscha, Maik Söhler, Heiko von Schrenk, Uta von Schrenk, Markus Tschannen, Elisabeth Wellershaus. **Gestaltung:** www.muellerluetolf.ch. **Druck:** Stämpfli AG, Bern. Auf nachhaltig produziertem Papier gedruckt, Schutzhülle zu 50% aus wiederverwerteten Altfolien, 100% rezyklierbar. **Die Mitgliederzeitschrift AMNESTY** erscheint viermal jährlich in Deutsch und Französisch. Sie kann als E-Paper unter issuu.com/magazin-amnesty-schweiz gelesen werden. Redaktionsschluss der nächsten Nummer: 19. Januar 2024. Distribution: AMNESTY, Magazin der Menschenrechte, erhalten alle, die die Schweizer Sektion von Amnesty International mit mindestens 30 Franken jährlich unterstützen. Über die Veröffentlichung von Fremdbeiträgen entscheidet die Redaktion. Alle Rechte vorbehalten. © Amnesty International, Schweizer Sektion. **Spendenkonto:** Amnesty International, Schweizer Sektion, 3001 Bern (PC 30-3417-8, IBAN: CH52 0900 0000 3000 3417 8). **Redaktionsadresse:** Magazin AMNESTY, Redaktion, Postfach, 3001 Bern. Tel. 031 307 22 22, E-Mail: redaktion@amnesty.ch. **Auflage:** 72000 (dt.).

EDITORIAL



Ein schlimmes Jahr neigt sich dem Ende zu. Als wären die bestehenden Kriege und Konflikte und die zunehmende Beschränkung der Menschenrechte in vielen Ländern nicht schlimm genug, schockiert uns eine fürchterliche Gewalteskalation im Nahen Osten mit Tausenden von Toten. Das schlägt nicht nur mir aufs Gemüt. Trost oder zumin-

dest Ablenkung suche ich oft im Schönen, Ästhetischen. Das kann Musik sein, eigenes kreatives Schaffen oder auch das Betrachten von Kunstwerken, zum Beispiel bei einem Museumsbesuch. Dabei zeigen die ausgestellten Werke keineswegs nur Beruhigendes. Viele Künstler*innen setzen sich mit ihrem Schaffen gegen Ungerechtigkeiten ein, klagen an und decken auf. Diesem Zusammenwirken von bildender Kunst und Menschenrechten widmet sich das

vorliegende Dossier. Wir danken allen Kunstschaffenden herzlich für die Erlaubnis, ihre Arbeiten in diesem Magazin zu zeigen. Auch geraubte Kunstwerke und Artefakte aus ehemaligen Kolonien finden sich noch immer in europäischen Museen – hier setzt sich eine historische Ungerechtigkeit im Umgang mit Kunst bis in die Gegenwart fort.

Den Schwerpunkt dieser Dezember-Ausgabe haben wir wieder gemeinsam mit den Redaktionskolleg*innen der deutschen und der österreichischen Sektion produziert – eine inzwischen gefestigte Zusammenarbeit, die nicht nur das Erarbeiten spannender Themen und Texte ermöglicht, sondern auch den gegenseitigen Austausch vertieft.

Wir wünschen Ihnen eine gute Lektüre und einen friedlichen Jahresübergang.

Manuela Reimann Graf, verantwortliche Redaktorin

AKTUELL

| | |
|---------------------------|---|
| Good News | 4 |
| Nachrichten | 6 |
| Aktuell im Bild | 8 |
| Brennpunkt | 9 |
| Menschlichkeit statt Hass | |

DOSSIER

| | |
|--|----|
| Kunst und Menschenrechte | |
| «Kunst und Menschenrechte sprechen eine universelle Sprache» | 12 |
| Professor Manfred Nowak über die Beziehung zwischen Kunst und Menschenrechten. | |
| Protest in Bunt | 14 |
| Street-Art als Form des Widerstands. | |
| «Kunst darf alles!» | 18 |
| Der deutsche Maler Daniel Richter über Kunstfreiheit und Engagement. | |
| Abstrakte Kunst, konkretes Engagement | 21 |
| Der Künstler John Armleder will sich nicht vereinnahmen lassen. | |
| Künstler*innen für Amnesty/ Ein Satellit für Kunst aus dem globalen Süden | 22 |
| «Kunst ist eine andere Art der Erkenntnis» | 23 |
| Die bolivianische Künstlerin Adriana Elena Bravo Morales konfrontiert mit Verdrängtem. | |
| Menschenrechte lenken den Pinsel | 24 |
| Der ehemalige Kindersklave Seyha Hour verarbeitet in seinen Werken seine Traumata. | |
| Ein Ort der anderen Kunst | 26 |
| Im Atelier CREAHM entfalten sich Künstler*innen mit Behinderungen. | |

| | |
|--|----|
| Rückeroberung präkolonialer Geschichte | 29 |
| Die Künstlerin und Kuratorin Molemo Moiloa über den Umgang mit afrikanischen Kulturgütern. | |

| | |
|--|----|
| Die gestohlene Krone | 31 |
| Die Schätze aus Maqdala und der Widerstand der britischen Regierung. | |

THEMA

| | |
|--------------------------------------|----|
| Künstliche Intelligenz | 34 |
| KI – eine Gefahr für Menschenrechte? | |
| Israel-Palästina | 37 |
| Jetzt am Frieden arbeiten | |
| Was sagt das humanitäre Völkerrecht? | 39 |

KULTUR

| | |
|-----------------------------|----|
| Musik | 40 |
| Botschaft aus dem Gefängnis | |
| Buch | 41 |
| Schluss mit den Stereotypen | |

CARTE BLANCHE

| | |
|------------------|----|
| Markus Tschannen | 44 |
|------------------|----|

IN ACTION

| | |
|--------------------------------------|----|
| Briefmarathon 2023 | 45 |
| Briefe schreiben und Leben verändern | |
| Inklusions-Initiative | 47 |
| Von Barrieren und Stärken | |

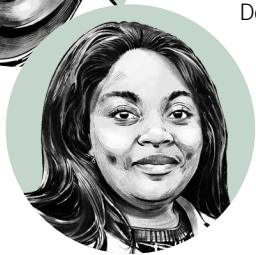


© Amnesty International



PREIS FÜR MENSCHENRECHTSSPIEL

Das Gesellschaftsspiel «Courage», das von der **Schweizer** Sektion von Amnesty International entwickelt wurde, gewinnt den 20. Worlddidac Award. Die Worlddidac-Stiftung zeichnet innovative Bildungsmaterialien aus, die das Recht auf Bildung stärken und Innovationen im Bildungswesen vorantreiben. Im Menschenrechtsspiel «Courage» begegnen die Spieler*innen mutigen Menschen auf dem Weg zu Frieden, Gleichberechtigung oder Klimagerechtigkeit und entwickeln kreative Ideen für eine lebenswerte Zukunft.



FREIHEIT FÜR JOANA MAMOMBE UND CECILLIA CHIMHIRI

Der Briefmarathon 2022 zeitigte einen schönen Erfolg: Die beiden Menschenrechtsverteidiger*innen Joana Mamombe und Cecilia Chimhiri aus **Simbabwe** wurden im Juli freigesprochen. Sie waren 2020 gemeinsam mit Netsai Marova festgenommen worden, nachdem sie eine Protestbewegung gegen die Regierung angeführt hatten. Im Anschluss an ihre Festnahme wurden sie von den Beamt*innen geschlagen und sexuell missbraucht. Anschliessend wurden sie wegen ihrer Protestaktionen angeklagt. Netsai floh aus dem Land, der Fall von Joana Mamombe und Cecilia Chimhiri kam vor Gericht. Amnesty International Simbabwe unterstützte die Frauen während des gesamten Gerichtsprozesses, und ihr Fall wurde im Briefmarathon 2022 aufgegriffen, wo zahlreiche Unterstützer*innen sich für sie einsetzten.

Portraits © Andre Gottschalk



UNTERSUCHUNGSMISSION IM SUDAN

Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen stimmte am 11. Oktober dafür, eine unabhängige Untersuchungsmission für den **Sudan** einzurichten, um Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen, Beweise zu sammeln und die Täter*innen zu identifizieren. Dies ist ein kleiner Sieg für die sudaneseische Zivilbevölkerung, die seit dem Beginn des Konflikts zwischen den Sudan Armed Forces (SAF) und den Rapid Support Forces (RSF) im April 2023 immer wieder zwischen die Fronten gerät. Die Konfliktparteien haben mehrere Kriegsverbrechen begangen, darunter sexualisierte Gewalt. Gemeinschaften wurden zum Teil wegen ihrer ethnischen Identität angegriffen. Die Untersuchungen der Uno sollen helfen, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.



ZUSAMMENARBEIT FÜR DEN SCHUTZ DES REGENWALDS

Sie wollen besser zusammenarbeiten, um das Sterben des Regenwalds zu stoppen: Das haben Ende Oktober Staats- und Regierungschefs aus **Südamerika, Afrika und Asien** beim zweiten Drei-Becken-Gipfel vereinbart. In Brazzaville, der Hauptstadt der Republik Kongo, verabschiedeten sie eine Erklärung über die Schaffung eines Aktionsplans zur verbesserten Kooperation unter den Staaten des Amazonasbeckens in Südamerika, des Kongobeckens in Afrika sowie des Borneo-Mekong-Beckens in Asien. 80 Prozent des weltweiten Regenwaldgebiets liegen in diesen Regionen. Der Erhalt der Regenwälder gilt als besonders wichtig im Kampf gegen die Klimakrise.

FRIEDENSNOBELPREIS FÜR NARGES MOHAMMADI



Die **iranische** Menschenrechtsverteidigerin Narges Mohammadi wurde am 6. Oktober mit dem Friedensnobelpreis 2023 ausgezeichnet. Das Nobelpreiskomitee würdigte damit ihren beispiellosen Einsatz für Frauen- und Menschenrechte im Iran. Die iranischen Behörden haben Narges Mohammadi in den vergangenen Jahren immer wieder in unfairen Prozessen verurteilt, inhaftiert und im Gefängnis gefoltert. Mohammadi wird den Preis wohl kaum persönlich entgegennehmen können: Sie sitzt im Evin-Gefängnis in Teheran.

OHIO VERANKERT RECHT AUF SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH

Nachdem der Supreme Court der **Vereinigten Staaten** im Juni 2022 die Grundsatzentscheidung «Roe versus Wade» aufgehoben hat, kann nur noch auf der Ebene der einzelnen Gliedstaaten ein Recht auf Schwangerschaftsabbruch gewährleistet werden.



Einen wichtigen Schritt für die Menschenrechte machte der konservative Gliedstaat Ohio Anfang November: Nach einem Referendum wurde das Recht auf einen sicheren Schwangerschaftsabbruch in der Verfassung verankert, und zwar bis zur Lebensfähigkeit des Fötus, also ungefähr bis zur 24. Schwangerschaftswoche. Darüber hinaus ist ein Schwangerschaftsabbruch legal, wenn das Leben der Mutter gefährdet ist. Das Recht auf Abtreibung ist eines der umstrittensten gesellschaftspolitischen Themen in den USA. Umfragen zufolge unterstützt jedoch eine Mehrheit der Bevölkerung ein begrenztes Recht auf Schwangerschaftsabbruch. Die Abstimmung in Ohio könnte eine wichtige Signalwirkung haben: In mehreren Staaten sind Referenden für 2024 in Vorbereitung.

EIN SIEG FÜR TRANS RECHTE

Es ist ein Meilenstein für die Rechte von trans Personen in **Japan**: Am 25. Oktober entschied der Oberste Gerichtshof, dass die Verpflichtung zu einer chirurgischen Sterilisation für Menschen, die ihr Geschlecht legal ändern wollen, verfassungswidrig ist. Diese Entscheidung stützte sich auf die Feststellung, dass die Sterilisationsvorschrift gegen Artikel 13 der Verfassung verstößt, in dem die Bedeutung der Achtung der individuellen Rechte betont wird. Die Entscheidung des Gerichts ist ein wichtiger Schritt nach vorn, aber der Kampf für LGBTI*-Rechte in Japan ist damit nicht zu Ende, denn es gibt noch immer viele diskriminierende Praktiken und Gesetze gegen LGBTI*-Personen in Japan.

Die **Anwälte eines Klägers** halten Schilder hoch, um das Anliegen der trans Gemeinschaft zu unterstreichen.



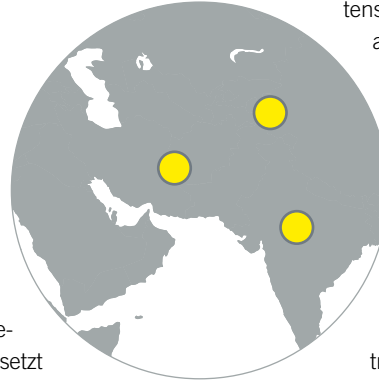
© AP Photo/Mari Yamaguchi

BRUTALES VORGEHEN GEGEN MINDERHEIT

IRAN Seit September 2022 kommt es in iranischen Provinzen, in denen Angehörige der belutschischen Minderheit leben, regelmässig zu Demonstrationen gegen die Regierung. Am 20. Oktober wurden bei Protesten erneut zahlreiche Menschen willkürlich verhaftet. Die Sicherheitskräfte gingen mit äusserster Brutalität gegen friedliche Demonstrant*innen vor. Zahlreiche Menschen wurden festgenommen, fielen dem Verschwindenlassen zum Opfer oder wurden gefoltert oder anderweitig misshandelt. Darunter waren auch viele Minderjährige. Der Uno-Untersuchungskommission muss ungehinderter Zugang zum Land gewährt werden, damit sie diese Menschenrechtsverletzungen untersuchen kann.

ÜBERWACHUNGSSTAAT AFGHANISTAN

AFGHANISTAN Die Taliban sind dabei, das Netz an Überwachungskameras in afghanischen Städten auszubauen. 62000 Überwachungskameras seien in der Hauptstadt Kabul installiert worden, «um Angriffe von militanten Gruppen zu bekämpfen», wie die Taliban gemäss Medienberichten bekannt gaben. Menschenrechtsorganisationen befürchten indes, dass die Kameras unter anderem zur Überwachung von Demonstrationen eingesetzt werden. «Sollte diese Überwachungsarchitektur ausgebaut werden, würde sie das Recht auf Privatsphäre sowie jenes auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit weiter untergraben, die seit der Machtübernahme der Taliban beispiellosen Angriffen ausgesetzt sind», sagt Amnesty-Experte Matt Mahmoudi.



PAKISTAN WILL GEFLÜCHTETE ABSCHIEBEN

PAKISTAN Pakistan hält an der Massenabschiebung afghanischer Geflüchteter fest. Von der Abschiebung sind mehr als 1,4 Millionen Menschen ohne Aufenthaltsrecht bedroht. Zu ihnen zählen mindestens 25000 Afghan*innen, die unter anderem für das US-Militär, Hilfsorganisationen oder Medien gearbeitet hatten und die in Pakistan darauf warten, in westlichen Staaten ausreisen zu dürfen. Internationale Hilfsorganisation haben die pakistanische Regierung dafür kritisiert, die Menschen trotz der Herrschaft der Taliban und katastrophaler wirtschaftlicher Bedingungen zurückschicken zu wollen.

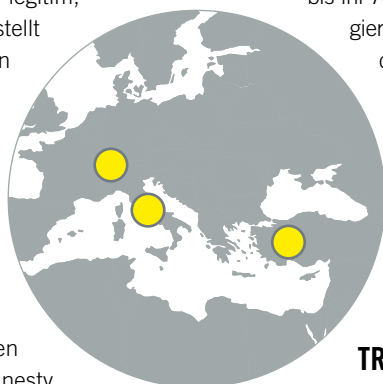


Nachdem die pakistanische Regierung ein Ultimatum stellte, sind Anfang November Zehntausende Afghan*innen in ein provisorisches Lager nahe der Grenze geflüchtet.

© Esmatullah Habibi/Middle East Images/Imago

EINSCHRÄNKUNG DES RECHTS AUF PROTEST

SCHWEIZ Verschiedene Deutschschweizer Städte haben im Zusammenhang mit dem Konflikt im Nahen Osten Demonstrationsverbote ausgesprochen. «Ein allgemeines Verbot stellt einen schweren und unverhältnismässigen Eingriff in das Recht auf Protest oder Versammlungsfreiheit dar. Die öffentliche Ordnung und Sicherheit können zwar Gründe für ein Verbot sein, sind nach Völkerrecht jedoch nur dann legitim, wenn eine konkrete Bedrohung festgestellt werden kann und wenn keine anderen Massnahmen zur Verfügung stehen, um diese Bedrohung einzudämmen», sagt Alicia Giraudel, Juristin bei Amnesty Schweiz. Die Verbote von Kundgebungen rund um den Konflikt in Gaza sowie das für fünf Wochen gültige Verbot von Kundgebungen in der Stadt Bern reihen sich ein in allgemein immer höhere Auflagen für das Erteilen einer Bewilligung. Amnesty International sowie die zuständigen Uno-Sonderberichterstatter*innen kommen zum Schluss, dass die Bewilligungspflicht, wie sie in gewissen Schweizer Städten umgesetzt wird, grösstenteils völkerrechtswidrig ist.



VÖLKERRECHTSVERBRECHEN DAUERN AN

BURKINA FASO Weitgehend unbeachtet von der Weltöffentlichkeit begehen bewaffnete Gruppen Völkerrechtsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen in Burkina Faso, darunter die Tötung von Zivilist*innen und die Entführung von Frauen und Mädchen. Am 5. November wurden bei einem Angriff auf ein Dorf wiederum über 70 Menschen getötet, darunter viele Kinder und ältere Menschen. Dazu kommen regelmässig Angriffe auf die zivile Infrastruktur und auf Versorgungskonvois, was schwerwiegende humanitäre Folgen hat, wie Amnesty International in einem Bericht wenige Tage vor dem erneuten Massaker mitteilte. Die Organisation schätzt, dass im Juli 2023 mindestens 46 Orte in Burkina Faso von bewaffneten Gruppen belagert wurden. Nicht nur werden die belagerten Dörfer immer wieder angegriffen, den Menschen wird auch die Feldarbeit und der Zugang zu Weideland für das Vieh untersagt, was die Ernährungssicherheit ernsthaft beeinträchtigt.



WIDERRECHTLICHES REFOULEMENT

ITALIEN Die italienische Regierungschefin Georgia Meloni und der albanische Ministerpräsident Edi Rama haben ein Abkommen über den Bau von zwei Zentren in Albanien unterzeichnet, in denen die von italienischen Schiffen aus dem Meer geretteten Menschen untergebracht werden sollen. Die Lager sollen womöglich schon im Frühling Platz für 3000 Personen bieten, und die Migrant*innen sollen so lange dort untergebracht werden, bis ihr Asylgesuch in Italien geprüft worden ist. Lehnt die italienische Regierung ein Gesuch ab, kümmert sich Albanien um die Ausschaffung der Menschen. Bei diesem Abkommen geht es um Refoulement, eine Praxis, die nach internationalem und europäischem Recht verboten ist und für die Italien bereits vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt worden ist. Das Non-Refoulement-Prinzip verbietet die Ausschaffung, wenn die Annahme besteht, dass im Zielland unmenschliche Behandlung bzw. schwere Menschenrechtsverletzungen drohen.

TROTZ WAHL INS PARLAMENT IN HAFT

TÜRKEI Der Menschenrechtsanwalt Can Atalay befindet sich seit 2022 in Haft. Im Mai 2023 wurde er als Abgeordneter für die südliche Provinz Hatay gewählt. Das Kassationsgericht lehnte Atalays Berufungsantrag sowie die Anträge von vier anderen Abgeordneten ab und bestätigte ihre Verurteilungen, obwohl das Verfassungsgericht befunden hatte, dass Can Atalay durch die Haft seiner demokratischen Rechte beraubt werde und entlassen werden müsse. Can Atalay hatte die Demonstrant*innen vom Gezi-Park verteidigt. Dafür war er zu 18 Jahren Haft wegen angeblicher Beihilfe zu einem Umsturzversuch verurteilt worden.

LANDRECHTE INDIGENER GEMEINSCHAFT VERLETZT

KANADA In der kanadischen Provinz British Columbia schützt die indigene Wet'suwet'en-Gemeinschaft ihr Territorium und ihre heiligen Stätten gegen den Bau einer Gaspipeline. Die Wet'suwet'en besitzen die Eigentumsrechte an dem Territorium, und ihre Vertreter*innen sagen, dass sie dem Bau der Pipeline gemäss ihren Gesetzen und Bräuchen nicht zugestimmt haben. Mitglieder der Wet'suwet'en und ihre Unterstützer*innen, die sich gegen den Bau der Pipeline wehrten, wurden von der privaten Sicherheitsfirma der Pipeline und der kanadischen Polizei überwacht, schikaniert, eingeschüchtert und unrechtmässig verhaftet. Friedliche Protestierende hatten im September 2021 den Bohrplatz unter dem Wedzin-Kwa-Fluss besetzt, der als eine der letzten Quellen auf dem Territorium der Wet'suwet'en dient. Gegen 15 Personen läuft derzeit ein Strafverfahren wegen Missachtung einer gerichtlichen Verfügung. Wenn die Angeklagten für schuldig befunden werden, können sie zu Gefängnisstrafen verurteilt werden.





© Oleg Petrasjuk/EPA/Keystone

AKTUELL _ IM BILD

Die Stadt Mykolajiw in der südlichen **Ukraine** wurde 2022 von Russland mit Streubomben beschossen und teilweise von russischen Truppen besetzt. Dutzende Menschen verloren ihr Leben, wichtige Infrastruktur wie die Wasserversorgung wurde beschädigt. Seither wird täglich sauberes Wasser nach Mykolajiw geliefert, da aus den Wasserhähnen meist nur Salzwasser kommt. Mykolajiw hatte vor der Invasion sein Trinkwasser aus dem Fluss Dnipro genommen. Als sich die russischen Truppen zurückzogen, zerstörten sie die Transformatorenstation, mit deren Hilfe das Wasser in die höher gelegene Stadt gepumpt wurde. Mit Unterstützung der Uno und Dänemarks arbeiten die lokalen Behörden mit Hochdruck daran, die Infrastruktur wiederherzustellen.

MENSCHLICHKEIT STATT HASS



© André Gottschalk

Alexandra Karle ist Geschäftsleiterin der Schweizer Sektion von Amnesty International.

Am 10. Dezember feiern wir den 75. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Wenn wir etwas aus den Schrecken des Zweiten Weltkriegs und des Holocaust gelernt haben, dann, dass die Achtung der Menschenrechte an oberster Stelle stehen muss. Der Schutz der Zivilbevölkerung in Konflikten gehört zu diesen höchsten Prinzipien, die Amnesty International immer wieder einfordert.

Am 7. Oktober dieses Jahres hat die Hamas Israel angegriffen und dabei ein Massaker an Zivilist*innen verübt: Junge Menschen und Kinder wurden brutal getötet, mehr als 200 Geiseln verschleppt. Der Schock der Israelis sitzt tief. Wir trauern mit den Angehörigen der Getöteten und bangen um das Leben der Geiseln.

Die militärische Reaktion der israelischen Regierung trifft ebenfalls vor allem die Zivilbevölkerung: Im Gazastreifen sterben ganze Familien im Bombenhagel, Häuser und Infrastruktur werden zerstört. Ein Grossteil der Bewohner*innen des Gazastreifens ist auf der Flucht inmitten einer humanitären Katastrophe.

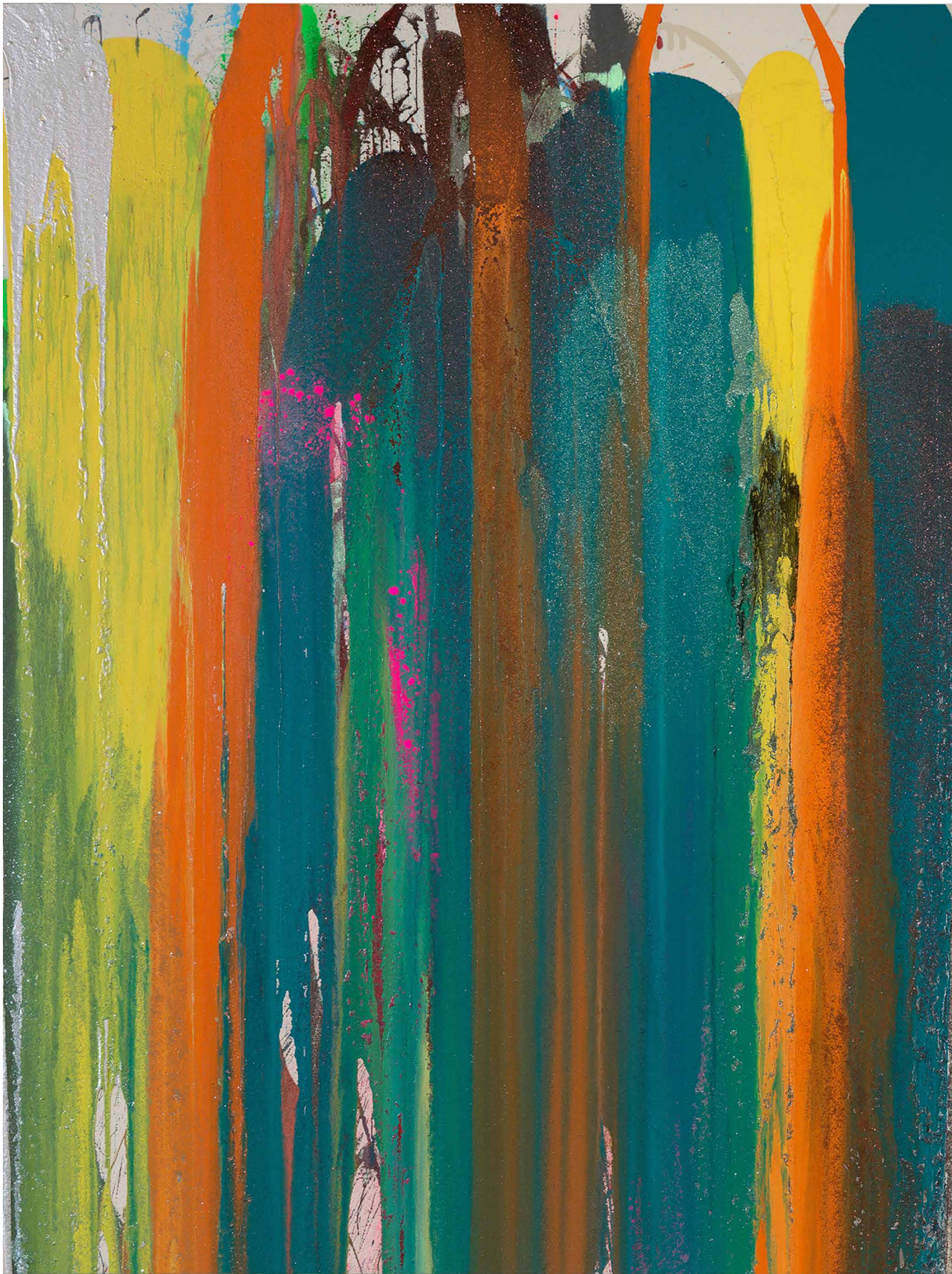
Seit dem 7. Oktober recherchieren und dokumentieren die Teams von Amnesty die Menschenrechtsverletzungen vor Ort. Bei bewaffneten Konflikten berufen wir uns in unserer Arbeit auf das humanitäre Völkerrecht inklusive der Genfer Konventionen. Es hat universelle Gültigkeit und bildet den rechtlichen Rahmen für den Schutz der Zivilbevölkerung. Verletzen Konfliktparteien das humanitäre Völkerrecht, kann das als Kriegsverbrechen gewertet werden. Amnesty arbeitet auf Grundlage des Rechts, wir ergreifen nicht Partei. Trotzdem ist Amnesty immer wieder Kritik ausgesetzt. Wir werden entweder als antisemitisch oder Israel-feindlich bezeichnet. Von der anderen Seite wird uns vorgeworfen, das Leid der Palästinenser*innen nicht ausreichend zu thematisieren. Dabei wird nicht nur Amnesty als Menschenrechtsorganisation massiv kritisiert, auch einzelne Personen, die für Amnesty aktiv sind, werden angegriffen.

Die derzeitige Eskalation hat zu einer beispiellosen Polarisierung der öffentlichen Meinung geführt. Dabei schwindet der Sinn für die Menschlichkeit. Ich weigere mich zu akzeptieren, dass Empathie mit den leidenden Menschen in Gaza und die Verurteilung von Menschenrechtsverletzungen durch die israelische Armee anti-israelisch oder gar antisemitisch sein sollen. So wenig wie eine deutliche Verurteilung der Morde und der Geiselnahmen der Hamas anti-palästinensisch ist.

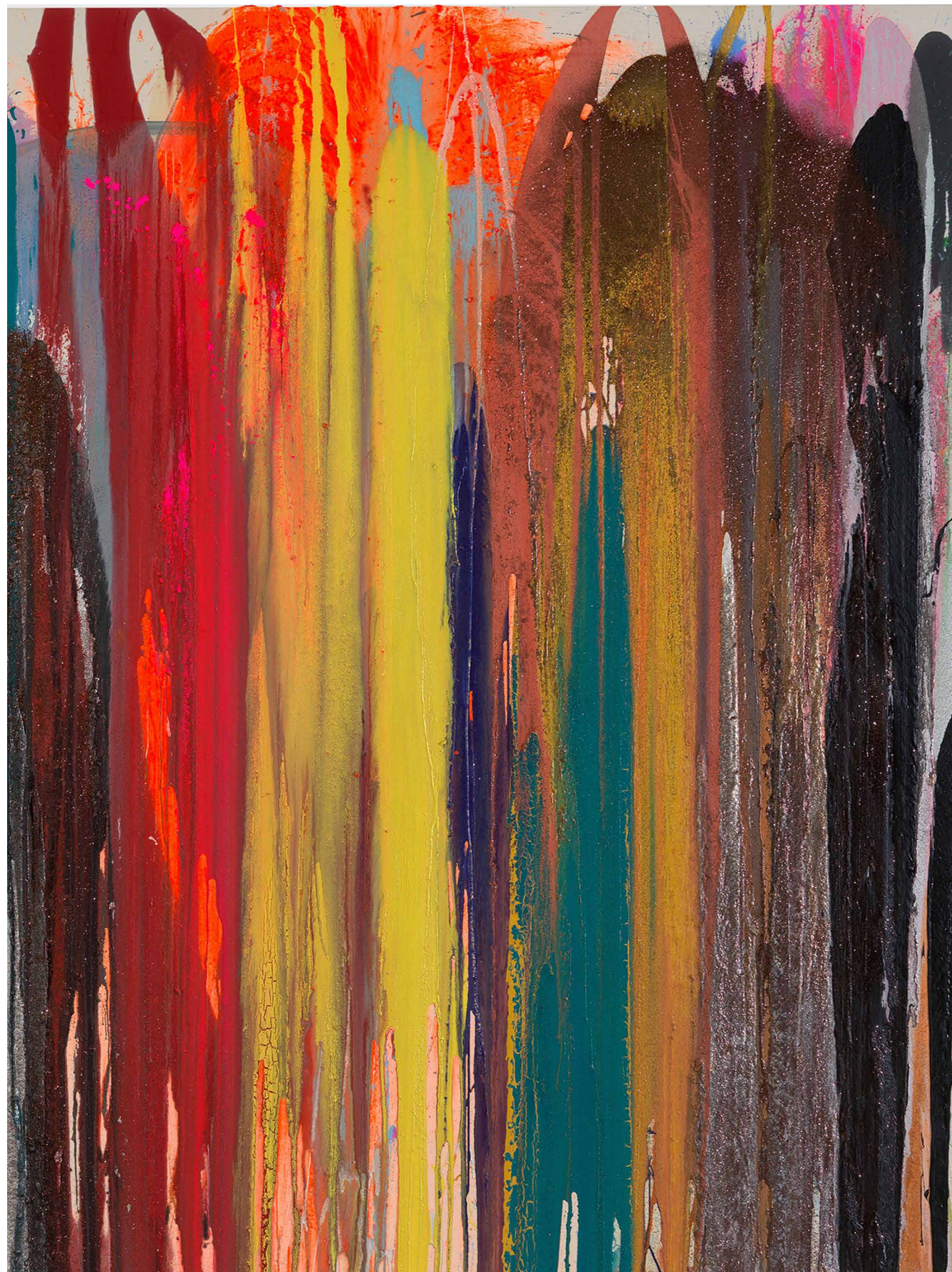
Wenn ich Hakenkreuze auf den Strassen meiner Gemeinde sehe, erschüttert mich das. Ebenso wie die steigende Zahl der Angriffe auf Juden und Jüdinnen weltweit. Den wachsenden Antisemitismus dürfen wir nicht tolerieren, wir müssen uns ihm entschieden entgegenstellen.

Wir müssen uns aber auch dafür einsetzen, dass das Leben der palästinensischen Zivilist*innen geschützt wird, dass nicht ein ganzes Volk kollektiv für die Verbrechen der Hamas bestraft wird. Beides geht gleichzeitig. Es ist möglich, in einer Zeit des Hasses für Menschenrechte, für Verständigung und für Menschlichkeit einzustehen.

1948 ist das Jahr der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. 1948 ist auch das Jahr der Staatsgründung Israels, das umgehend angegriffen wurde. 1948 ist das Jahr der Nakba, wie die Palästinenser*innen die Vertreibung aus ihrer angestammten Heimat bezeichnen. Diese Traumata sitzen tief. Bei Israelis, die das Existenzrecht ihres Staats fortlaufend infrage gestellt sehen. Bei Palästinenser*innen, die um ein freies Leben in Würde ringen. Mut machen in dieser Zeit die Menschen, die auf der ganzen Welt gemeinsam trauern, gemeinsam für Frieden demonstrieren und die Hoffnung nicht aufgeben, dass dieser eines Tages möglich sein wird. |



Kunst und Menschenrechte



Die Beziehung zwischen Kunst und Menschenrechten war schon immer eng: Künstler*innen nutzen ihr Talent, um Ungerechtigkeiten anzuprangern. Oder sie stellen ihre Werke für einen guten Zweck zur Verfügung. Kritische Künstler*innen geraten wie Menschenrechtsaktivist*innen nicht selten in Gefahr, denn der Schutz der Kunstfreiheit ist wie jener der Menschenrechte in vielen Ländern nicht gegeben. Wie Kunst unter die Räder der Politik geraten kann, zeigt ausserdem die Frage der Restitution.

«Kunst und Menschenrechte sprechen eine universelle Sprache»

Sollten Künstler*innen Teil der Menschenrechtsbewegung sein? Ein Gespräch mit Manfred Nowak, Professor für Menschenrechte an der Universität für angewandte Kunst in Wien und ehemaliger Uno-Sonderberichterstatter.

Interview: Antonio Prokscha

Sie sind als Menschenrechtsexperte bekannt und waren viele Jahre Uno-Sonderberichterstatter über Folter. Sind Sie dabei mit dem Thema Kunst in Berührung gekommen?

Prof. Manfred Nowak: Während meiner Zeit in Bosnien und Herzegowina gab es ein beeindruckendes Erlebnis. Der Frontmann der Band U2, Bono, war zu Besuch in Sarajevo und trat in einem komplett gefüllten Fussballstadion auf. Das Überwältigende daran war, dass dort Menschen aus verschiedenen ethnischen Gruppen zusammenkamen – Serb*innen, Kroat*innen, Bosnier*innen, üblicherweise Gruppen, die vor allem in dieser Zeit noch durch den Krieg miteinander verfeindet waren. Doch bei dem Konzert feierten sie gemeinsam, umarmten sich, tanzten und weinten. Und ich dachte mir: Die internationale Gemeinschaft gibt sich viel Mühe, die Versöhnung voranzutreiben, oft mit wenig Erfolg. Bono gelang es, zumindest in dieser Nacht, mehr Versöhnung zu schaffen als wir in all den Jahren zuvor.

In welcher Beziehung stehen Menschenrechte und Kunst?

Wir leben in einer Zeit, in der Menschenrechtsverteidiger*innen in vielen Ländern der Welt in extremer Gefahr leben. Die Zahl der Entführungen, Morde, Folterungen von Menschenrechtsverteidiger*innen nimmt in vielen Ländern massiv zu – unter ihnen sind auch viele Künstler*innen. Es gibt immer mehr Künstler*innen, die ihre Kunst in den Dienst der Menschenrechte stellen, weil sie das Gefühl haben, dass es in einer Zeit mit wahnsinnigen Herausforderungen nicht sinnvoll ist, einfach «l'art pour l'art» zu machen, und weil sie etwas erreichen wollen.

Sie haben an der Universität für angewandte Kunst in Wien einen Masterstudiengang mitbegründet, der versucht, eine Schnittstelle

zwischen Menschenrechten und Kunst zu schaffen. Was waren die Beweggründe dafür?

Kunst und Menschenrechte sind eng miteinander verbunden. Die Kunstfreiheit bzw. Meinungsfreiheit ist ein zentrales Menschenrecht, das Künstler*innen vor Unterdrückung und Zensur schützt. Andererseits kann die Kunst, ob visuell, durch Musik oder Performance, ein wichtiger Träger von Botschaften und eine Gelegenheit zum Dialog sein. Und, vielleicht am wichtigsten: Beide sprechen eine universelle Sprache. Unser Masterstudiengang Applied Human Rights in Wien ist der erste weltweit, der interdisziplinär Menschenrechte und Kunst verbindet – darauf sind wir sehr stolz. Wir sind davon überzeugt, dass beide Seiten aufeinander angewiesen sind.

Wie kann Kunst als Instrument zur Förderung der Menschenrechte eingesetzt werden?

Menschenrechte werden oft infrage gestellt. Deshalb ist es wichtig, ein breiteres Publikum anzusprechen. Wir als Menschenrechtler*innen müssen aus unserem Kreis ausbrechen und die Botschaft der Menschenrechte an unterschiedliche Zielgruppen vermitteln. Menschenrechte sind das einzige universell anerkannte Wertesystem. Künstler*innen können dazu beitragen, dieses Narrativ zu stärken und die Bedeutung der Menschenrechte in der Gesellschaft zu betonen.

Welche anderen Möglichkeiten bietet Kunst, für Menschenrechte einzutreten?

Kunst kann provozieren. Natürlich lassen sich die meisten Menschen nicht gerne provozieren, ohne dass sie dabei negative Gefühle entwickeln. Auf der anderen Seite ist gerade die Provokation ein sehr gutes Instrument, um die Aufmerksamkeit von Leuten zu erregen, die mit diesen Themen bisher nichts zu tun gehabt haben. Und wenn Künstler*innen mit Provokation Aufmerksamkeit erregen und dann in den Dialog treten, sei es durch visuelle Ausstellungen oder Performances, können sie Menschen für diese Themen sensibilisieren. Die Frauenband Pussy Riot ist ein fantastisches Beispiel dafür. Sie kämpfen seit vielen Jahren gegen Putin und prangern das Regime an.

Fallen Ihnen noch andere Beispiele von Künstler*innen ein, die sich mit ihrer Arbeit für die Menschenrechte einsetzen?

Ai Weiwei ist das klassische Beispiel eines Künstlers, der in seinen Werken Menschenrechtsverletzungen thematisiert, weswegen



© Koen Vanmechelen

«Menschenrechte sind das einzige universell anerkannte Wertesystem. Künstler*innen können dazu beitragen, dieses Narrativ zu stärken und die Bedeutung der Menschenrechte in der Gesellschaft zu betonen.»

Prof. Manfred Nowak

Die Skulptur «Collective Memory» im Innenhof des Global Campus of Human Rights in Venedig stösst Debatten über Menschenrechte an.

er in seinem Heimatland China inhaftiert wurde und schliesslich ins Exil ging. Ich durfte auch den belgischen Multimedia-Künstler Koen Vanmechelen kennenlernen, der für den Global Campus of Human Rights in Venedig eine Skulptur namens «Collective Memory» geschaffen hat, die die Figur eines Kindes im Stil einer antiken Statue zeigt, das auf einer Enzyklopädie der Menschenrechte sitzt und nachdenklich vor sich hin starrt. Die Werke Vanmechelens verdeutlichen seine Überzeugung, dass Kunst in aktuellen Debatten über Menschenrechte eine Rolle spielen muss. Es geht um bestimmte Fragen: Sind Menschenrechte kulturell relativ? Wo liegen die Grenzen des Menschenrechtsprojekts?

Warum sind es oft Künstler*innen, die zur Zielscheibe autoritärer Regimes werden?

Autoritäre Regierungen fürchten eine starke Zivilgesellschaft und Künstler*innen, da sie ihnen den Spiegel vorhalten und die Wahrheit auf drastische Weise aussprechen. Natürlich ist das eine Herausforderung, die ein Diktator nicht akzeptieren kann. Ich denke beispielsweise an den ukrainischen Filmemacher Oleg Sentsov, der sich gegen die Annexion der Krim einsetzte. Er wurde dafür in Russland zu 20 Jahren Lagerhaft verurteilt. Sein Fall erhielt international viel Aufmerksamkeit und Unterstützung, unter anderem von den Filmemachern Pedro Almodóvar und Wim Wenders. Sentsov wurde im September 2019 nach fünf Jahren Haft freigelassen, just an dem Tag, an dem wir im Rahmen unserer Summer School

on Cinema, Human Rights and Advocacy in Venedig den Film des russischen Regisseurs Askold Kurov über den Sentsov-Schauprozess in Russland zeigten. Inzwischen ist auch Kurov aus Russland geflohen, und wir unterstützen ihn finanziell, damit er seine Menschenrechtsarbeit als Filmemacher im Exil in Berlin fortsetzen kann.

Wie sehen Sie die Zukunft in Bezug auf Kunst und Menschenrechte?

Die aktuelle Weltlage ist von existenziellen Krisen geprägt. Neben Krieg und zunehmender Missachtung von Menschenrechten stehen riesige Probleme wie die Klimakatastrophe und der Verlust der Biodiversität vor uns. Der Leidensdruck ist derzeit gross, und bisherige Gewissheiten werden zunehmend stärker infrage gestellt. Deshalb glaube ich, es ist an der Zeit für eine neue Ära der Menschenrechte. Doch es muss eine wirklich allumfassende Ära werden. Wir müssen viel, viel breiter und neu denken. Künstler*innen können dabei eine wichtige Rolle spielen, indem sie die breite Öffentlichkeit ansprechen. Wir müssen Künstler*innen als wesentlichen Bestandteil der Menschenrechtsbewegung sehen.



© Harald Wandl/Amnesty

Manfred Nowak ist Professor für Menschenrechte in Wien. Er war von 2004 bis 2010 Uno-Sonderberichterstatter über Folter und von 1996 bis 2003 Richter an der Menschenrechtskammer für Bosnien und Herzegowina in Sarajevo. Derzeit ist er Generalsekretär des Global Campus of Human Rights in Venedig sowie Leiter des Masterstudiengangs Applied Human Rights an der Universität für angewandte Kunst in Wien.

Protest in Bunt

Street Art hat sich zu einem wichtigen Instrument des Widerstands entwickelt. Weltweit nutzen Künstler*innen den öffentlichen Raum, um bestimmten Themen Aufmerksamkeit zu verschaffen, zum Widerstand gegen Regime und Regierungen aufzurufen und farbenfrohe Visionen einer gerechteren Gesellschaft zu entwerfen. Von Tobias Oellig

Wie es wirklich gewesen ist, kann niemand mit Gewissheit sagen: Immer wieder und immer wieder anders erzählten Medien in aller Welt die Geschichte von den Kindern, die mit ihren Graffiti den Bürgerkrieg in Syrien auslösten. Ein moderner Mythos: David mit der Sprühdose statt der Schleuder in der Hand gegen Goliath. So viel jedenfalls scheint sicher: Am Anfang war... ein wenig Farbe an der Wand.

Irgendwann im Frühjahr 2011, so sagt man, sprühten Kinder in der syrischen Stadt Daraa Parolen auf eine Schulhofmauer, die sich gegen Präsident Baschar al-Assad richteten. «Du bist dran Doktor», schrieben sie, und «Nieder mit dir, Assad». Am nächsten Morgen informierte der Hausmeister die Behörden, die Polizei nahm verdächtige Kinder fest und folter-

te sie, um die Schuldigen zu finden. Ihre empörten Eltern gingen auf die Strasse, weitere Menschen solidarisierten sich, die Proteste wuchsen zu immer grösseren und meist friedlichen Demonstrationen an, schliesslich brach ein Bürgerkrieg aus, der bis heute andauert. Klar ist: Die Kinder schrieben etwas auf eine Mauer, das zu jenem Zeitpunkt Menschen in der gesamten arabischen Welt bewegte. Sie brachten den Wunsch nach mehr Freiheit und Gerechtigkeit zum Ausdruck.

Auch in Ägypten sprühte und malte man sich den Frust über die Diktatur von der Seele. Mit ihrer Street Art flankierten Künstler*innen den politischen Protest, der 2011 rund um den Tahrir-Platz in Kairo losbrach. Aufwendige Bilder in den Strassen spiegelten die Sehnsüchte und die Wut der Demons-

Spiel mit der Zensur: Personen vor den prodemokratischen Botschaften, die mit weisser Farbe und roten Schriftzeichen mit chinesischer Staatspropaganda übermalt wurden (London, Brick Lane, August 2023).



© James Wendinger/Getty Images



© IMAGO/Pawlo Bahmut

Umgebung nutzen: Oft beziehen Street Artists die architektonischen Gegebenheiten in ihre Kunstwerke ein – wie hier Banksy eine Panzersperre in der Ukraine (Kiew, Juni 2023).

trierenden wider und befeuerten die Proteste. Die Strasse Mohamed Mahmoud in Kairo, wo besonders heftige Strassenkämpfe tobten, verwandelte sich durch Street Art in eine Galerie des Aufbegehrens. «Zwischen 2011 und 2013 spielten Graffiti eine wichtige politische Rolle», sagte die inzwischen verstorbene ägyptische Soziologin Mona Abaza 2017 in einem

Interview. «Sie waren wie ein Stimmungsbarometer: Man ging jeden Tag zu den Mauern, um zu lesen, was dort geschrieben stand, um zu verstehen, wie die Politik gerade war.»

Künstler wie Ammar Abo Bakr, Alaa Awad oder Ganzeer nutzten Wände und Fassaden im öffentlichen Raum, um das ägyptische Regime mit Farbe und Ideen zu bekämpfen. In-



© Hassan Ammar/AP/PA

Widerstand stärken: Viele Kunstwerke in Ägypten thematisierten systematische sexuelle Gewalt des Staats gegen Frauen während der Proteste – und ihre Gegenwehr. »Nein zur sexuellen Belästigung«, ein Graffiti von Mira Shihadeh (Kairo, Mai 2013).

ternational bekannt wurden Bilder wie das von Omar Fathy geschaffene Porträt, das zwei Gesichter verschmolz: das von Präsident Hosni Mubarak und das von Mohamed Hussein Tantawi, dem damaligen Chef der ägyptischen Streitkräfte. Ebenso bekannt ist Ganzeers Mural von einem Panzer, der einen Brot liefernden Fahrradfahrer ins Visier nimmt. «Es war spannend zu sehen, wie Kairos Wände zu leben anfangen», sagte Ganzeer den Medien. «An ihnen fand ein Austausch mit der Gesellschaft statt. Der Umbruch spiegelte sich auf vormals leeren Flächen wider.»

Ob in Ägypten oder andernorts: Seit jeher waren diese «leeren Flächen» – Hauswände, Mauern und Fassaden – Leinwände für Künstler*innen, die ihre Bilder und Botschaften im öffentlichen Raum platzierten und damit in die Diskussion einbringen wollten. Das gilt nicht erst seit der Erfindung der Sprühdose – schon bei Ausgrabungen in Pompeji entdeckte man in Mauern geritzte politische Kommentare. «Der Begriff der Street Art ist relativ neu. Er wird seit den 2000er-Jahren benutzt und ist ein Sammelbegriff, der zwei Kunstformen vereint: Graffiti und Wandmalerei», sagt Lisa Bogerts vom Institut für Protest- und Bewegungsforschung in Berlin. Graffiti entwickelten sich in den 1960er- und 70er-Jahren in New York und Philadelphia, wo zunächst vor allem schriftbasierte Botschaften verbreitet wurden. «Das war einerseits eine Jugendkultur: Man hinterliess seinen Namen und markierte sein Revier. Gleichzeitig war es eine politische Ausdrucksform, da sich vor allem marginalisierte Gruppen, Schwarze und Latino-Jugendliche mit ihren Graffiti Sichtbarkeit verschaffen wollten», sagt Bogerts.

Wandmalerei hingegen sei ursprünglich keine Protestform gewesen, sondern eine Herrschaftspraxis, die von Königshäusern und der katholischen Kirche im grossen Stil genutzt wurde. Sie veränderte sich erst im 20. Jahrhundert. «Nachdem die Wandmalerei nach der mexikanischen Revolution 1910 zwar schon sozialkritisch, aber noch sehr staatstragend war, bekam sie in anderen lateinamerikanischen Ländern ab Mitte des Jahrhunderts einen widerständigeren Charakter. Besonders in den Diktaturen in Chile und Argentinien gab es viel Protestmalerei.»

Street Art als Protestform trägt Widerspruch in den öffentlichen Raum. Sie kann das gesellschaftliche Bewusstsein schärfen, indem sie Menschen für politische oder soziale Themen sensibilisiert, die diese sonst nicht aktiv verfolgen. «Bilder ermöglichen uns einen anderen Zugang zur Welt als Worte und politische Pamphlete», sagt Lisa Bogerts. «Sie verbinden logische Argumente mit affektiver Überzeugungskraft, sie lassen uns etwas sinnlich erfahren. Bilder können beeinflussen, wie wir Politik wahrnehmen, ob wir sie für legitim halten oder nicht.»



© MTD (CC BY-NC-SA 2.0)



© Kerem Yucel/AFP/KEystone



Marginalisierte Perspektiven: Street Art rückt häufig Ungerechtigkeiten gegenüber Minderheiten in den gesellschaftlichen Fokus. Diese Graffiti aus der Serie «Douce France» des Künstlers MTO thematisieren die Polizeigewalt in Frankreich, im Speziellen auch gegen Rom*nja und Sinti*zze (Spray auf Leinwand, 2010).

An Opfer erinnern und Gerechtigkeit fordern:

Bei einer Gedenkfeier für den durch Polizisten getöteten George Floyd äussert eine Teilnehmerin ihre Trauer vor einem der vielen Graffiti mit George Floyds Porträt.



Sinnlicher Zugang zu Politik | In Konfliktgebieten werden Kunstwerke der Street Art oft zu Symbolen des Widerstands, die Menschen Mut machen, sich gegen Unterdrückung zu wehren. So machte der jemenitische Künstler Murad Subay die von Raketen und Gewehrfeuer zerstörten Fassaden seiner Heimat zu seinen Leinwänden. «Ich wollte zeigen, dass es an diesen Orten Kunst gibt, dass es Hoffnung gibt, dass die Menschen auch in einem sehr düsteren Moment, in dem ein Land über seine Geschichte entscheidet, noch kämpfen», sagte er in einem Interview.

Trotz aller Aufmerksamkeit, die Street Art erzeugen kann, bleibt sie ein flüchtiges Phänomen. Kunstwerke werden durch neue ersetzt, Fassaden verschwinden, weil Häuser abgerissen oder zerbombt werden, oft lassen Regimes die Bilder auch übertünchen. «In der Allgemeinheit wird Protest häufig nur dann als erfolgreich empfunden, wenn er die Politik verändert», sagt Lisa Bogerts. «Aber auch Street Art, die nicht fotografiert und verbreitet wird, kann eine Wirkung entfalten, weil sie bei der lokalen Bevölkerung das Bewusstsein für ein Problem schafft.» Paradoxerweise kann Street Art sogar erfolgreich sein, wenn sie der Zensur zum Opfer fällt: «In dem Moment, in dem ein Bild zensiert wird, hat es ein gewisses Gefühl der Bedrohung oder der Angst bei den Machthabern ausgelöst», erklärt Bogerts.

Die Angst der Staatsmacht und ihrer Zensor*innen machte sich im Sommer 2023 eine Gruppe kritischer chinesischer Künstler*innen in London zunutze, um die Repression und die Staatspropaganda Pekings vorzuführen. In der Brick Lane im East End, das für seine lebendige Kunstszene bekannt ist, übermalten sie einen ganzen Strassenzug voller Street Art mit weisser Farbe. Anschliessend sprühten sie auf die geweisste Fläche leuchtend rote chinesische Schriftzeichen, die die «grundlegenden sozialistischen Werte» der Volksrepublik wiedergaben, die in China als Staatspropaganda weit verbreitet sind. Die gewitzte Aktion, bei der Dutzende hochwertige Street-Art-Murals ausgelöscht wurden, machte die ganze Brutalität der chinesischen Zensur erfahrbar.

Die Auseinandersetzung mit den Mechanismen der Zensur hatte jedoch ein Nachspiel: Vielleicht aus Furcht vor diplomatischen Verwerfungen liessen die Londoner Behörden die «Zensur»-Schriftzeichen schnell überstreichen. Doch schon am Mittag desselben Tages sprühte ein junger Mann aus Hongkong auf die leere Fläche auf Chinesisch ein Zitat von Milan Kundera: «Der Kampf der Menschen gegen die Macht ist der Kampf der Erinnerung gegen das Vergessen.» |

«Kunst darf alles!»

Er gehört zu den wichtigsten Maler*innen in Europa. Daniel Richter über engagierte Kunst, über Kunstfreiheit und den Kunstbegriff an sich.

Interview: Nina Apin und Maik Söhler

Sie sind Amnesty-Mitglied, wie kam es dazu?

In Lütjenburg, wo ich herkomme, gab es eine grosse Amnesty-Fraktion: dazu gehörte eine Lehrerin, die in der Guatemala-Solidarität tätig war. Es gab zudem eine Kampagne von Amnesty-Aktivist*innen, die Gefangenen der RAF als politische Gefangene anzuerkennen. Als 15-jähriger Radikalinski fand ich das interessant. Eingetreten bin ich erst 20 Jahre später.

Was verbindet Sie heute mit Amnesty?

Die Verteidigung der Menschenrechte, speziell der Rede- und Kunstfreiheit, ist heute leider noch nötiger als vor 30 Jahren. Besonders wenn man über Kunst und ihren Status des freien Ausdrucks spricht, sieht man, wie sehr sich die Wahrnehmung von Kunst ändert. Der Umgang mit ihr zeigt immer auch an, wie eine Gesellschaft funktioniert. Ein beliebig schlechtes Bild einer nackten Person ruft in Mitteleuropa Gähnen, in pruderen Teilen der Welt Scham und in religiös-autoritären Systemen Empörung hervor.

Sie sind Professor für Malerei in Wien. Was antworten Sie auf die Frage: Was darf Kunst?

Kunst darf alles, allerdings sollte sie möglichst wenig langweilig sein. Darf Kunst auch Hakenkreuze malen? Nein, das

sollte sie nicht, allerdings kommt es auf den Zusammenhang an. Junge Antifaschist*innen mussten mal wegen Verbreitung verfassungsfeindlicher Symbolik vor Gericht, es ging um ein durchgestrichenes Hakenkreuz. Nichtsdestotrotz: In einer freien Gesellschaft muss Kunst alles dürfen. Künstler*innen dürfen sich auf eigenes Risiko lächerlich machen oder in ihrem Radikalismus zum Papiertiger werden.

«Kunst darf alles» – gilt das auch für engagierte Kunst, die Missstände benennt?

Engagierte Kunst ist immer zweckgebunden und lebt von Kampagnen, die sie begleiten. Zwangsläufig zählt da oft eher die Absicht und nicht die Durchführung. Das Problem ist, dass die Definition des Kunstbegriffs darunter leidet. Schwierig wird es, wenn jede Initiative, die töpft und es gut meint, plötzlich die gleiche Wertigkeit beansprucht wie ein Bild von Bacon.

Es gibt auch qualitativ hochwertige Kunst, die Haltung bezieht zu politischen und sozialen Fragen. Sie kennen beides, denn Sie waren als junger Mensch im Umfeld der Hamburger Hausbesetzerbewegung unterwegs...

Jedes besetzte Haus in Deutschland war mit schlecht gemachten Wandmalereien bedeckt, und auch an der Hamburger Hafenstrasse war der Niedergang der Murales-Malerei zu besichtigen.

Aber jede Kunst hat eine Funktion, jede Bewegung braucht Bilder und Symbole. Da kann man als Bildungsmittel-europäer*in die Nase rümpfen und sagen: «Das ist als Kunst nicht interessant.» Stimmt ja auch, denn es war nicht als Kunst gemeint, sondern als Teil einer Aktivität, als Symbol oder Aufruf.

Gibt es universelle Merkmale, die gute Kunst definieren?

Die gesellschaftliche Definition dessen, was gut, schön, wichtig oder wahrhaftig ist, ändert sich permanent. Das kann man in der Gegenwart klar sehen. Wir haben Kriterien für unterschiedliche Medien oder Kunstformen, die sich historische haben, ob es um die Bewertung der japanischen Töpferei um 1750 oder die Glasurkunst Persiens im 13. Jahrhundert geht. Auch für die Malerei hat sich seit dem Mittelalter ein Kanon gebildet, in dem die widersprüchlichsten Bewegungen ihren Platz gefunden haben.

Würden Sie sagen, Sie machen politische Kunst?

Ich würde für bestimmte Phasen sagen, dass ich Kunst



© Herbert Neubauer APA/Keystone

Daniel Richter, Jahrgang 1962, gilt als einer der bedeutendsten zeitgenössischen Kunstschaaffenden in Europa. Er lebt und arbeitet in Berlin, Hamburg und Wien, wo er an der Akademie der bildenden Künste eine Professur für «erweiterten malerischen Raum» innehat.

Lonely Old Slogan, 2006

««Fuck the Police» ist ein schlichter Slogan, den man aus dem Punk kennt. Ich hatte die Idee, die vielen Killernieten auf Jeans- oder Lederjacken als dekoratives Element zu nutzen, auch um auszudrücken, dass dieses rebellische Moment irgendwie im Verschwinden begriffen ist. Selbst ehemalige radikale Linke haben inzwischen mehrheitlich ein differenzierteres Verhältnis zum Polizeiapparat. Daher der Titel des Bildes. Ich wollte darstellen, wie eine Haltung zerfließen ist zu einem Spruch, an den niemand mehr wirklich glaubt. Viele von denen, die «All cops are bastard» brüllen, wären gerne selbst Cops, vermute ich.»



mache, die sich im weitesten Sinne mit gesellschaftlichen und politischen Themen beschäftigt oder mit der Frage, was man als Künstler abbilden kann. Ich betrachte das nicht als engagierte Kunst.

Im grössten Teil der Welt spielt Kunst ohnehin eine andere Rolle als in westlichen Gesellschaften. Künstler*innen müssen sich Dinge erkämpfen, die hier selbstverständlich sind.

In grossen Teilen der Welt wird ein Kulturkampf um die Bilder von Körpern geführt; das gilt für die Abbildung queerer Positionen, aber auch für weibliche und feministische Kunst. Immer geht es darum, die Definitionsmacht über diese Bilder in den Händen autoritärer männlicher Systeme zu halten und sie gleichzeitig als Argument gegen einen dekadenten Westen in Anschlag zu bringen. Dass wir das erbärmliche Comeback autoritärer religiöser Systeme auch in Europa miterleben müssen, ist zutiefst deprimierend.



Tarifa, 2001 (Titelbild)

«Ende der 1990er-Jahre kamen viele Flüchtlinge aus Nordafrika über Ceuta und Tarifa. Das waren Surfer-Hotspots. Als ich damals die Berichte gesehen und gelesen habe, irritierten mich die Bilder von Leuten in Badehosen, die planschen und surfen, und dazwischen treiben die Leichen von Menschen, die die Überfahrt nicht geschafft haben. Das Bild war ein Versuch, sich

diesem Widerspruch zu nähern, sich in den Zustand derer zu versetzen, die auf dem Wasser sind. Das Gemälde ist 3,5 Meter hoch. Wenn man davorsteht, muss man den Kopf heben, um alles zu sehen. Dieses Grosse und Dunkle wirkt zusammen mit dem Weiss fast schon physisch. Die Farben und die Blicke der Menschen auf den Booten sollen diese Angst und Verunsicherung fassen. Malerisch bin ich daran gescheitert, diese Gefühlszustände abzubilden, aber das Bild war erfolgreich. Vielleicht, weil es bereits einen tagespolitischen Überdruß an den realen Bildern gab.»

Russland-Collagen, 2022

«Ich habe mal für den russischen Schriftsteller Wladimir Sorokin ein Buch illustriert, «Nastja». Die Geschichte ist grausig – ein Setting wie bei Tschechow. Der Text handelt von der Verkommenheit und moralischen Selbstgefälligkeit der russischen Eliten, auch der liberalen. Als der Ukraine-Krieg begann, sah ich eine Möglichkeit, die Abscheulichkeit dieses Texts zu illustrieren. Meine Serie beruhte zu meist auf langweiliger Malerei aus Russland aus dem 19. Jahrhundert. Wir sehen ein Foto des jungen Putin als Pionier, auf dem er verschmitzt und verschwitzt dreinschaut. Dazu Gewehr, Säbel und Kreuz – Insignien russischer Herrlichkeit –, darunter der Ausriss aus einem billigen Pornomagazin, das ich seit Ewigkeiten mit mir herumschlepe, weil es mich fasziniert: «Weekend Sex», ein dänisches Produkt der 1970er-jahre. Gewissermassen eine Begegnung zweier Banalitäten, die Obszönes ergaben.»

Es gibt auch Künstler*innen, denen es nicht reicht, «nur Kunst» zu machen. Sie möchten an einer besseren Welt mitwirken. Wie stehen Sie dazu?

Ich finde das gut. Im Bereich Film, Theater und Performance findet man solche Positionen häufig. Oft wird dort auch Kritik laut an der individualistischen Freiheit der Malerei: Da sitzt das romantische Individuum im Atelier und malt, und am Ende hat das Werk keine gesellschaftliche Relevanz. Aber die Frage, welche Relevanz Bilder haben, ist manchmal einfach zu beantworten: wenn jemand vor der Tür steht und sagt, du kommst jetzt ins Gefängnis, weil du ein Bild gemalt hast, das uns nicht passt.

Die Relevanz von Kunst bildet sich dort ab, wo die Gesellschaft bereit ist, Kunst zu akzeptieren und zu fördern. Das eine Kunstwerk bringt dich vielleicht dazu, vegetarisch zu essen, das nächste stellt deine Rolle als weisser, heterosexueller Mann infrage. |



Abstrakte Kunst, konkretes Engagement

Der Genfer Künstler John Armleder, ein überzeugter Antimilitarist, zieht es vor, sein politisches und soziales Engagement nicht mit seiner Arbeit zu vermischen, damit der abstrakte Charakter seiner Werke erhalten bleibt. Von Jean-Marie Banderet

Er trenne seine Arbeit klar von privaten Meinungen, sagt der Genfer Künstler John Armleder: «Ich habe nie beabsichtigt, dass meine Werke mein soziales und politisches Engagement widerspiegeln. Ich übe mein politisches Engagement als Privatmensch aus, nicht als Künstler. Ich habe die Botschaft immer von meiner Arbeit getrennt, die im absoluten Sinne des Wortes wirklich abstrakt ist.»

Und doch war sie schon immer da, seine ethische Haltung. So sass Armleder 1967 wegen Kriegsdienstverweigerung sieben Monate im Gefängnis. Es wurde eine einschneidende Erfahrung, die sein antimilitaristisches Engagement festigte, denn nachdem er politische Flugblätter aus dem Fenster der Zelle für Verweigerer geworfen hatte, wurde er zu den «echten Kriminellen» verlegt.

Der Künstler, der immer noch in Genf lebt und arbeitet, fand schon früh zu seiner Bestimmung. Er habe bereits 1956 im MoMA in New York «eine Art Erleuchtung» gehabt, als er vor Kasimir Malewitschs «Weissem Quadrat auf weissem Hintergrund» stand, erzählt er. In diesem Moment sei ihm

klar geworden, dass es das war, was er mit seinem Leben machen wollte.

Inzwischen ist Armleder einer der bekanntesten bildenden Künstler der Schweiz geworden. Er ist aber auch Galerist. So stellt er jedes Jahr auf der Art Basel Werke anderer Künstler*innen aus und zahlt ihnen – entgegen den Gepflogenheiten der Branche – den gesamten Verkaufspreis aus.

John Armleder ist sich bewusst, dass Kunst immer für Propagandazwecke missbraucht werden kann. Von Napoleon Bonaparte bis Stalin – an historischen Beispielen mangle es nicht. Deshalb hüte er sich davor, «zu denken, dass meine Tätigkeit irgendetwas veranschaulicht, einem Diskurs dient oder eine Meinung widerspiegelt, weil ich nicht will, dass die herrschende Macht sie für ihre Zwecke wiederverwendet».

Andererseits hat er nichts dagegen, wenn die Menschen seine Werke auf ihre Weise interpretieren, denn seiner Meinung nach ist «der wahre Schöpfer eines Werks derjenige, der es betrachtet».



Während Armleders Bilder rein abstrakt bleiben sollen, ist sein soziales Engagement sehr konkret: So spendete er 2022 das in diesem Magazin abgebildete Diptychon «Disobedient I & II» anlässlich einer von Sothebys organisierten Auktion zugunsten von Amnesty (siehe Seite 22).

«Der wahre Schöpfer eines Werks ist derjenige,
der es betrachtet.»

John Armleder



© Jean-Marie Banderet

Künstler*innen für Amnesty

Amnesty International wird bereits seit ihrer Gründung von berühmten Künstler*innen aus aller Welt unterstützt. Unter den bekanntesten finden sich Namen wie Pablo Picasso, Joan Miró, Yoko Ono, Gerhard Richter und Annie Leibowitz. Von Manuela Reimann Graf

Auktion für Amnesty

Der bekannte Schweizer Künstler Titus Eichenberger hatte 2022 die Idee einer Kunstauktion zugunsten von Amnesty International und schaffte es, das renommierte Auktionshaus Sothebys hierfür zu gewinnen. Gemeinsam mit Bill Shipsey von Art for Human Rights wurde am 6. Dezember 2022 eine Auktion in Paris durchgeführt, für welche die renommierten Kunstschaaffenden Marlene Dumas, Richard Serra, Luc Tuymans, Ai Wei Wei, Michael Craig Martin, Genieve Figgis, Suzan Frecon und Thomas Struth jeweils ein Kunstwerk beisteuerten. Unter den beteiligten Künstler*innen war auch der Schweizer Maler John Armleder, dessen zur Verfügung gestelltes Gemälde auf S. 10/11 abgebildet ist.

Der Erlös der Kunstauktion floss direkt in die Arbeit von Amnesty International, unter anderem ins Evidence Lab der Organisation, das modernste digitale Untersuchungsmethoden einsetzt, um Menschenrechtsverletzungen insbesondere in Kriegs- und Konfliktgebieten zu dokumentieren. |

Bekannt sind auch die von bildenden Künstler*innen gestalteten Poster, die die weltweiten Amnesty-Kampagnen begleitet haben. Aber auch weitere Kunstformen und unterschiedlichste Spendenprojekte von Kunstgrössen und Kunstvermittler*innen unterstützen Amnesty – international oder auch auf Sektionsebene. Einige aktuelle Beispiele:

Eine Kunstbox für Artikel 19

Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte steht für die Meinungsfreiheit, die gerade auch für Kunstschaffende zentral ist. Und so wurde Art 19 zum Namen eines Unternehmens, das gegründet wurde, um durch den Verkauf von Kunstwerken führender zeitgenössischen Künstler*innen Geld für Menschenrechtsprojekte zu sammeln. Die Geschäftsführer Mike Karstens, Burkhard Richter und Jochen Wilms starteten 2019 das Projekt einer Kunstbox, die aus zehn Werken mit limitierter Auflage besteht – Werke des Künstlerpaars Ilya und Emilia Kabakov sowie von Gerhard Richter, Yoko Ono, Shirin Neshat, Chiaru Shiota, Shilpa Gupta, Kiki Smith, Ayşe Erkmen, Rosemarie Trockel und William Kentridge. Die Werke beschäftigen sich mit dem Thema Menschenrechte, indem sie es künstlerisch interpretieren. In handgefertigten Leinenboxen stehen noch einige wenige der signierten Originalgrafiken zum Verkauf. Der Erlös kommt Amnesty International zugute. |

www.art-19.com

Ein Satellit für Kunst aus dem globalen Süden

Viele Künstler*innen unterstützen Menschenrechtsanliegen. Dies kann aber zur Folge haben, dass sie in ihrem Land keine Chance auf Bekanntheit erhalten. Solchen Künstler*innen aus dem globalen Süden hilft die NGO Satellites of Art.

Künstler*innen weltweit unterstützen mit ihrer Arbeit Menschenrechtsanliegen und -organisationen. Viele von ihnen erhalten keine Unterstützung in ihrem Land und manche begeben sich mit ihrer Kunst gar selbst in Gefahr. Für Kunstschaffende aus dem globalen Süden ist es ausserdem ungemein schwierig, vom internationalen Kunstmarkt überhaupt beachtet zu werden.

Die Organisation Satellites of Art, bei der Amnesty Schweiz unter anderem Bilder für die Weihnachtsgrusskarten bestellt, bietet Unterstützung für solche Künstler*innen aus dem globalen Süden. Ihre Kunst wird digital und mit massgeschneiderten Projekten, Kooperationen, Veranstaltungen und Ausstellungen gefördert. Im Mittelpunkt stehen dabei der kreative Einfluss von Kunst auf den globalen sozialen Wandel, aber auch das Generieren eines fairen Einkommens für Kunstschaffende. «Wir machen besonders Künstler*innen, die sich mit sozialen, Menschenrechts- und Umweltthemen beschäftigen, sichtbar», sagt Gründerin und Geschäftsführerin Dr. Katrin Imhof. Dazu gehören der kambodschanische Maler Seyha Hour und die bolivianisch-mexikanische transdisziplinär arbeitende Künstlerin Adriana Eva Morales, die wir auf den folgenden Seiten vorstellen.

www.satellites-of-art.com

«Beso de Chola» heisst das Bild, das die bolivianische Künstlerin Adriana Elena Bravo Morales dabei zeigt, wie sie in traditioneller Kleidung ihre Kuratorin küsst. Das riesige Foto wurde an belebten Orten in La Paz aufgehängt, um die Reaktionen der Öffentlichkeit festzuhalten. Der Umgang der Gesellschaft mit Körperlichkeit und der sexuellen Selbstbestimmung der Frauen – insbesondere der indigenen Bolivianerinnen – steht bei Bravo Morales' Werken im Zentrum.



© Satellites of Art / Seyha Hour

«Kunst ist eine andere Art der Erkenntnis»

Die bolivianische Künstlerin Adriana Elena Bravo Morales verbindet in ihren Werken die unterschiedlichsten Kunstformen «mit dem Ziel, die patriarchalen Kräfte sichtbar zu machen».

Interview: Manuela Reimann Graf

AMNESTY: Wie ist es zum Bild «Beso de Chola» gekommen?

Adriana Elena Bravo Morales: Es entstand nach einem Erlebnis auf einem Fest: Meine Freundin wurde von einer Chola, wie die indigenen Frauen in traditionellen Kleidern gemeinhin genannt werden, sehr offensiv angeflirtet. Ich war schockiert über die deutlichen Avancen der Chola. Meine eigene Reaktion bestürzte mich aber noch mehr: Wie konnte ich als lesbische Frau nur so reagieren? Ich fragte mich, warum es in unserer Gesellschaft keine Bilder von küssenden indigenen Frauen gibt. Weil die hetero-patriarchale Gesellschaft dies schlicht nicht vorsieht! Daher beschloss ich, mit meiner Kuratorin Maria Teresa Rojas dieses verborgene Thema zu visualisieren. Uns war klar, dass wir uns selbst dafür zur Verfügung stellen mussten, da wir mit negativen Reaktionen, sogar Aggressionen rechnen mussten.

Wie haben die Menschen denn reagiert, als das Werk auf der Strasse ausgestellt wurde?

Zunächst überrascht. Dann kam die Erkenntnis, dass das, was sie da sahen, eine Realität darstellt. Um genau diesen Moment der Verblüffung ging es, in der die Betrachtenden die neutrale Haltung gegenüber dem Gesehenen verlieren, weil es sie in ihrer Intimsphäre berührt. Es ist sehr faszinierend, wie stark die Konfrontation mit dem Thema der Sexualität unser Verhalten beeinflusst.

Ich will, dass die Leute verstehen, dass wir alle sexuelle Wesen sind: die Älteren, die Menschen mit Behinderungen... und natürlich auch die indigenen Frauen. Ich möchte die Bilder in den Köpfen erweitern und ein neues, ungewohntes Bild hinzufügen. Denn die Massenmedien, die Werbung, die Pornografie bieten uns nur ein Vorbild: wohlproportionierte Körper, wie sie die westliche Ästhetik als «attraktiv» taxiert, ausgehend von den antiken griechischen Idealen der Perfektion und der Symmetrie. So kommt es, dass wir alle als Vorbild für Schönheit nur kaukasische Menschen in unseren Köpfen haben.

Waren Sie wegen Ihrer Kunst, in der Sie sich klar gegen das Patriarchat positionieren, auch schon in Gefahr?

Ich habe verbale Aggressionen, auch Gewalt erlebt. In Anbetracht der Gewalt in vielen Themen, die ich behandle, sind die Aggressionen gegen mich aber harmlos. Dazu kommt, dass ich als bolivianische Künstlerin oft ignoriert werde. Diese Unsichtbarmachung trägt immerhin dazu bei, dass man mich nicht am Arbeiten hindert.

Glauben Sie, dass die Kunst die Macht hat, Gleichheit, Menschenrechte und Vielfalt zu verteidigen?

Ja, aber unabhängig davon entspringt Kunst aus dem Innersten der Kunstschaffenden. Das Zeichnen selbst wirft Fragen auf, die das grosse Ganze infrage stellen. Kunst ist eine Art der Erkenntnis, die uns dazu bringt, nicht nur intellektuell zu verstehen, sondern auch emotional, gar intuitiv. Eine bildende Künstlerin zu sein, gibt die Möglichkeit, Verborgenes darzustellen und Unterdrückung zu denunzieren. |

Kurzinterview mit Adriana Elena Bravo Morales auf: www.amnesty.ch/adriana-elena

Menschenrechte lenken den Pinsel

Der kambodschanische Künstler Seyha Hour thematisiert in seinem Werk seine Zeit als Kindersklave und die Erlebnisse durch Krieg und Armut. Aber auch heutige Ungerechtigkeiten prägen seine Arbeit.

Von Manuela Reimann Graf

Der 1991 in einer von den Roten Khmer dominierten Region Kambodschas geborene Seyha Hour erlebte als Kind Gewalt und Armut. Als er 12 Jahre alt war, mussten ihn seine verarmten Eltern in eine thailändische Plantage geben, wo er hart arbeiten musste. Seine Versklavung endete, als er von der Polizei als «Illegaler» verhaftet wurde. Eine Organisation nahm sich seiner an, brachte ihn in ein Kinderheim nach Kambodscha und führte ihn in die bildende Kunst ein.

Seyha Hours Arbeit ist von den spirituellen Bildern an buddhistischen Tempeln inspiriert: «Schon als Kind glaubte ich, dass der Wald von vielen Kreaturen bevölkert ist. All diese Geister, die ich male, entstammen meiner kindlichen Fantasie, die von meinem Vater genährt wurde. Er erzählte mir von den Verbrechen, die hier in den 1990er-Jahren begangen

worden sind. Ich erinnere mich, wie ich als Kind im Wald spazieren ging und meine ersten Leichen und ihren schrecklichen Geruch entdeckte.»

Als Kunstmaler thematisiert er immer wieder eine Erlebnisse als ausgebeutetes Kind und die Grausamkeit des Krieges. Seyha Hour sieht es als seine Pflicht, auch auf heutige Ungerechtigkeiten in seinem Land hinzuweisen: «Menschenrechte spielen in meiner Arbeit immer eine Rolle und lenken oft unbewusst meinen Pinsel, selbst wenn ich Landschaften oder abstrakte Werke male.»

Die wenigen Künstler*innen, die sich wie er in Kambodscha kritisch äussern, hätten Menschenrechtsverletzungen selbst erlebt, meint der Künstler. In Gefahr sei er wegen seiner anklagenden Bilder bislang nicht, doch das Risiko bestünde durchaus, «wenn die Behörden mehr von moderner Kunst verstünden, wenn sie wüssten, wie man die versteckte Bedeutung von modernen Kunstwerken liest.» |

Kurzinterview mit Seyha Hour auf: www.amnesty.ch/seyha-hour

Im Bild «**Die Last des Lebens seit der Kindheit**» von Seyha Hour wird die Figur von schweren Gewichten nach hinten gezogen. «Angst und das Gefühl von Gefahr begleiten mich noch heute.»



Ein Ort der anderen Kunst

Das Atelier CREAHM in der Westschweiz ist eine Talentschmiede für Künstler*innen mit Behinderungen. Einige unter ihnen haben in der Kunstszene bereits Fuss gefasst.

Von Olalla Piñeiro und Jean-Marie Banderet (Text und Fotos)

«**S**eit ich hierhin komme, haben sich meine Fähigkeiten verbessert. Ich bin selbstständiger geworden und komme langsam aus meiner Blase heraus. Hier kann ich menschliche Kontakte knüpfen. Ich mag es, mich mit anderen auszutauschen.» Nach diesen Worten vertieft sich Mandeep Singh wieder in seine Arbeit: ein Bild, bestehend aus geometrischen Figuren und abstrakten Formen, die er mit einem blauen Filzstift zeichnet.

In der grossen lichtdurchfluteten Werkstatt wird mit gedämpfter Stimme gesprochen. An einer Wand hängt eine riesige Leinwand. An kleinen Einzeltischen arbeiten zwei der Künstler*innen, die jeden Mittwoch ins CREAHM – Atelier d'art différencié (Atelier der anderen Kunst) kommen. Heute sind Bernard Grandgirard, Géraldine Piller, Iason Scyboz, Jean-Yves Masset, Léonard Périès, Pascal Vonlanten und eben auch Mandeep Singh anwesend. Insgesamt 18 Künstler*innen

mit geistigen Beeinträchtigungen arbeiten hier abwechselnd.

Das Gebäude unterscheidet sich auf den ersten Blick nicht von anderen Häusern in der Wohnsiedlung von Villars-sur-Glâne in der Umgebung von Freiburg im Uechtland, ausser dass der Eingang mit farnefrohen Fresken geschmückt ist. Doch wer genau hinschaut, entdeckt weitere Elemente, die auf Kunstschaffende hinweisen: Da ist ein grosses Drehkreuz aus Metall, das mit ineinander verschlungenen Gesichtern verziert ist – wie sie für den Stil von Léonard Périès charakteristisch sind. Auch Skulpturen von Géraldine Piller sind zu entdecken. «Ein paar wurden zerbrochen, andere gestohlen. Es ist eine Schande», sagt sie. Im Atelier beugt sie sich über einen Papierbogen, auf dem drei Pinguinfiguren zu sehen sind, die unterschiedlich gekleidet sind.

Iason Scyboz arbeitet gerade an einer mehr als zwei Meter langen Leinwand. Die Werke des 34-Jährigen fallen durch ihre leuchtenden, fluoreszierenden Farben auf. «Mich inspirieren die Farben des Lichts am späten Nachmittag», sagt er. Der Dent de Broc, ein Berggipfel in der Region Gruyère, in der er aufwuchs, findet sich in den meisten seiner gemalten Landschaften. Scyboz arbeitet bereits seit 2008 regelmässig in der Werkstatt. Er hatte bereits einige Ausstellungen in Freiburg und war an Gruppenausstellungen beteiligt. Eine Anerkennung, die ihn mit Freude und Stolz erfüllt.



Pascal Vonlanten

Kunst allein entscheidet | 1998 wurde der Verein CREAHM in der Schweiz gegründet. Vorbild war eine gleichnamige belgische Einrichtung, die in den 1970er-Jahren in Lüttich eröffnet wurde. CREAHM hat sich zum Ziel gesetzt, die künstlerischen Talente von Menschen mit geistigen oder psychischen Beeinträchtigungen zu entwickeln und ihre Arbeit zu fördern. Laurence Cotting und Gion Capeder teilen sich die Leitung. Die beiden Kunstschaffenden unterstützen seit rund zehn Jahren die Menschen, die hier tätig sind. Die Institution hat das Label «Kultur inklusiv» von Pro Infirmis



Jean-Yves Masset bei der Arbeit an schrägen Vögeln.

erhalten, der nationalen Dachorganisation für Menschen mit körperlichen, kognitiven und psychischen Beeinträchtigungen in der Schweiz.

Cottings und Capeders Unterstützung beschränkt sich auf den künstlerischen Bereich – sie sind keine Therapeut*innen. «Wir vermeiden das weit verbreitete bemitleidende Bild von Menschen mit Behinderungen. Es geht nicht darum, diesen Menschen eine Beschäftigung anzubieten. Vielmehr soll ihnen als Künstler*innen ein Ort geboten werden, an dem sie ihr Talent entfalten können», sagt Capeder. «Wir beurteilen ihre Arbeiten genauso wie die von Künstler*innen ohne Behinderungen.»

Jede*r durchläuft im CREAM eine Auswahlphase, in der die künstlerischen Fähigkeiten und das Potenzial identifiziert werden. «Eine Behinderung allein reicht nicht als Kriterium für die Zulassung», sagt Cotting. Sie habe sich auf den ersten Blick in diese «Aussenseiter-Kunst» verliebt, wie sie sie nennt.

Cotting und Capeder bieten nicht nur technische Hilfe, die beiden Galerist*innen nutzen auch ihre Kontakte und ihr Wissen über die Kunstwelt, um Ausstellungen von CREAM-Künstler*innen zu organisieren. So konnten die Werke von

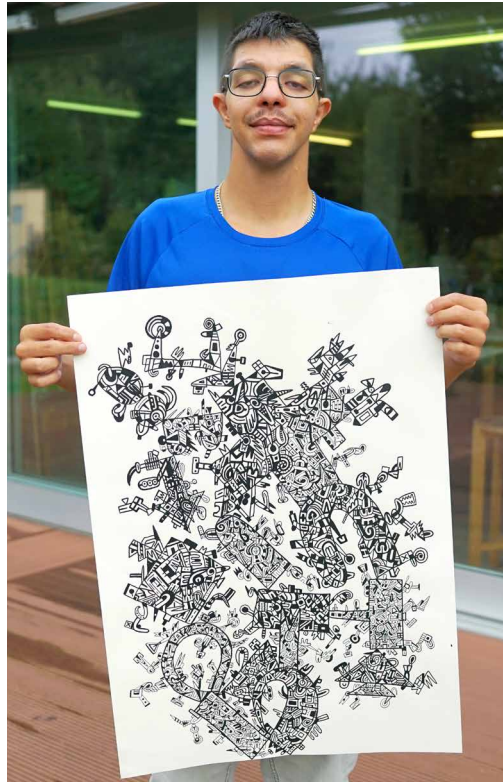
Pascal Vonlanten im Zentrum für zeitgenössische Kunst in Genf, im Tinguely-Museum in Basel, aber auch in Galerien in Mailand, Paris und São Paulo gezeigt werden.

Vonlanten ist ein Analphabet, der sich von Zeitungsausschnitten inspirieren lässt. Seine Karriere nahm Fahrt auf, als Jason Wu, einer der Lieblingsstylisten von Michelle Obama, 2017 eine Frühjahrskollektion von Kleidungsstücken herausbrachte, in die Kopien von Vonlanten's Bildern eingewebt waren. «Die Art und Weise, wie er sich Geschriebenes aneignet, kommt gut an», sagt Laurence Cotting. Auch auf Rosalina Aleixo sind die beiden Leitenden des CREAM stolz: Sie hat 2017 den Schweizer Kunstpreis «Art Brut» gewonnen.

Geburtsstätte der Kreativität | Für Menschen mit Behinderungen ist es schwierig, einen Platz in der Kunstwelt zu finden. Cotting und Capeder glauben aber, dass die Kunst Menschen zusammenführen kann. «Kunst ist universell. Wir alle haben kreative Talente. Diese Fähigkeiten sind etwas Subjektives, beziehen sich auf das Sinnliche, auf das Intime», sagt Capeder. Cotting meint, die Werke der CREAM-Künstler*innen gehörten durchaus in Museen für zeitgenössische Kunst. «Eine solche Anerkennung macht es ausserdem



Géraldine Piller



Mandeep Singh



Iason Scyboz

möglich, stereotype Vorstellungen über Behinderungen abzubauen.»

Plötzlich verwandelt sich die Werkstatt in einen Essraum. Es gibt eine warme Mahlzeit für die einen, andere kramen Zutaten für ein Picknick hervor. Das gemeinsame Essen bietet Gelegenheit für Gespräche. «Ich geniesse es, mich mit den anderen auszutauschen, zu schauen, woran sie gerade arbeiten», sagt Léonard Périès.

Ein Blick auf die Werke der Künstler*innen zeigt, dass alle ihren eigenen Stil haben. Da ist der «amerikanische Traum» in den Werken von Bernard Grandgirard, der alte Cadillacs und Ford Mustangs, grosse Lastwagen und Eisenbahnlandschaften mit äusserst präzisen schwarzen Federstrichen aufs Papier bringt. Périès verwendet Kohle oder dicke Stifte, um Menschenmassen in geschwungenen, weichen Linien darzustellen. Jede gezeichnete Figur geht dabei in eine andere über und ist ein Teil von ihr.

Mandeep Singh, der Neuzugang der Gruppe, konzentriert sich auf abstrakte geometrische Formen, für die er nur zwei oder drei Farben verwendet. Géraldine Piller lässt sich von der Natur inspirieren: Ihre farbenfrohen Leinwände sind voller Blumen, Insekten, Frösche. «Seit ich hier bin, habe

ich grosse Fortschritte gemacht. Ich habe Zeichentechniken gelernt, die ich vorher nicht kannte, etwa Kohlezeichnen und Gravur», sagt sie. Aus ihren drei Pinguinen auf dem Papierbogen wurden inzwischen sieben. Sie sind alle bekleidet, einige tragen Brille, einer hat einen Rollkragenpullover an. «Erkennen Sie sie?», fragt sie lächelnd. «Das sind wir, die Leute aus der Werkstatt!»

Laurence Cotting diskutiert mit Bernard Grandgirard über sein neuestes Werk.



Rückeroberung präkolonialer Geschichte

Die Künstlerin und Kuratorin Molemo Moiloa ist Mitbegründerin von Open Restitution Africa, einer Rechercheplattform für die Rückgabe afrikanischer Kulturgüter. Sie fordert einen Perspektivenwechsel in der vom globalen Norden dominierten Debatte über den Umgang mit den Objekten.

Protokoll von Elisabeth Wellershaus

Eines der grössten Probleme im internationalen Diskurs um Restitution ist die Tatsache, dass nur ganz bestimmte Stimmen zum Thema gehört werden. Denn in der Regel stammen die Expert*innen, die in der Öffentlichkeit stehen, nicht aus Afrika. Das hat zur Folge, dass die Debatte in westlichen Ländern und Institutionen noch immer mit einem fast ausschliesslichen Fokus auf die Objekte selbst geführt wird. Die Begleitumstände, die viele Communities in afrikanischen Ländern durch den Verlust dieser Objekte geprägt haben, werden dabei nicht wirklich wahrgenommen. Schlicht, weil es in der Kommunikation zwischen dem Westen, afrikanischen Expert*innen und betroffenen Menschen auf dem Kontinent harzt. Für mein Verständnis geht es aber um viel mehr als um die simple Rückgabe und das Bewahren von Kunstgegenständen.

Das Projekt Open Restitution Africa, das ich mit Chao Tayiana Maina leite, trägt Informationen über Objekte, neue Museumspraktiken und das Wissen aus verschiedenen Communities zusammen. Denn viele dieser Communities haben seit geraumer Zeit keinen Zugriff auf grosse Teile ihres kulturellen Erbes. Bei Recherchen war ich zufällig auf das Thema gestossen. Ich hatte für ein Projekt nach Daten über zurückgeführte Artefakte gesucht und festgestellt: Es gab keine strukturierten Datensammlungen, die den Restitutionsprozess greifbar machen konnten. Als ich Chao bei einer Konferenz in Namibia kennenlernte, ergab sich schnell eine Zusammenarbeit. Chao hatte mit African Digital Heritage eine Plattform gegründet, die sich mit der Digitalisierung von Kulturgütern beschäftigte. Ich war an Datenanalysen zum Restitutionsprozess interessiert.

Kulturgüter und Digitalisierung | Relativ schnell wurde uns klar, dass Digitalität ein entscheidendes Werkzeug war, um die Restitutionsdebatte inklusiver zu ge-

stalten. Es gab etliche Beispiele. Etwa die Arbeit des Women's History Museum in Sambia, das per WhatsApp versucht, Geschichten über gestohlene Objekte zusammenzutragen, die einst das Alltagsleben sambischer Frauen prägten. Oder Chao Tayiana Mainas 3-D-Modelle von den ehemaligen Arbeitslagern in Kenia, die sich mit der Mau-Mau-Bewegung und den traumatischen Folgen der Kolonisierung beschäftigen. Digitale Methoden sind eine Möglichkeit, sich den verborgenen Aspekten der Vergangenheit zu nähern. Aber sie zeigen auch die Fragilität afrikanischer Systeme – die Tatsache, dass der Zugang zum Internet noch längst keine flächendeckende Selbstverständlichkeit auf dem Kontinent ist. Dabei sind viele Alltagspraktiken in afrikanischen Ländern bereits viel stärker digitalisiert als in anderen Ländern der Welt, etwa durch FinTech oder mobile Geldtransfers. Trotz Zugangsbeschränkungen liegen also grosse Potenziale in der Digitalisierung unseres Kulturerbes – eben weil Digitalität in Afrika so entscheidend für die Alltagsbedürfnisse vieler Menschen ist.

Auch westliche Museen arbeiten längst mit dem Konzept der Digitalisierung, teilweise werden ganze Sammlungen im Schnellverfahren digitalisiert. Dadurch entstehen neue Fra-



Molemo Moiloa ist Mitglied des Johannesburgurer Künstler*innenkollektivs MADEYOULOOK, www.made-you-look.net

© privat



© agfotostock/Imago

Eventuell das älteste Recheninstrument der Welt: Ishango-Knochen aus dem Kongo, derzeit im Royal Belgian Institute of Natural Sciences.

gen zu Themen wie Eigentümerschaft, Urheberchaft und Restitution. Und es geht abermals um Folgendes: Welchen Schaden hat der Raub zahlreicher traditioneller Objekte in den entsprechenden Communities angerichtet, und wie kann eine Heilung – nach den geplanten Rückgaben – aussehen?

«Welchen Schaden hat der Raub angerichtet, und wie kann eine Heilung aussehen?»

Molemo Moilola

Ausbruch aus den klassischen Museen | Ein Ansatz, der in meiner Erfahrung immer mehr Form annimmt, ist die Zusammenarbeit mit Menschen ausserhalb der Museen. Es gibt bereits eine Reihe von Museen und Ausstellungsprojekten in afrikanischen Ländern, die sich von der Objektfixierung lösen und sich auf soziale Fragen konzent-

rieren. Viele Museen wollen neue Netzwerke gründen, in denen Praktiker*innen aus Bildung, Sozialarbeit und anderen Bereichen zusammenkommen, um über die Museumsmauern hinaus zu wirken. Ein interessantes Beispiel lieferte vor einer Weile ein Museum in Uganda. Das Ausstellungsthema war Milch. Mit einem Lieferwagen fuhren die Mitarbeitenden des Museums in die ländlichen Gegenden, um über Milch zu reden – ein Getränk, das in der nordugandischen Kultur eine grosse Rolle spielt.

Vor allem in der Auseinandersetzung mit geraubten Kulturgütern müssen wir die Debatten öffnen. Bei allem, was über die Jahrhunderte zerbrochen ist, wird es viel Zeit, Raum und Austausch brauchen, um die Objekte wieder in unsere Kulturen zu integrieren. Dadurch wird es auch in der Zusammenarbeit mit europäischen Institutionen zu Reibereien und schmerzhaften Auseinandersetzungen kommen. Immerhin geht es um die Rückeroberung einer präkolonialen Geschichte. Es geht um komplexe kulturelle Traditionen, die Afrikaner*innen seit Jahrhunderten vom globalen Norden abgesprochen werden.

Die Kraft der Restitution | Das Restitutionsthema lässt sich viel breiter denken, als es bislang geschieht. Neben den Benin-Bronzen, die mittlerweile vielen ein Begriff sind, gibt es ein riesiges materielles und immaterielles Erbe. Was ist zum Beispiel mit den Überresten der Dinosaurier von Tendaguru, die im heutigen Tansania gefunden wurden und die derzeit im Berliner Naturkundemuseum liegen? Was ist mit dem Ishango-Knochen aus dem Royal Belgian Institute of Natural Sciences, einem mit Einkerbungen versehenen Steinzeitobjekt, das eventuell als eines der weltweit ersten Recheninstrumente genutzt wurde und ursprünglich aus dem Kongo stammt?

Wir müssen in der Restitutionsdebatte auch über Naturwissenschaften und Archäologie sprechen. Wären die genannten Gegenstände in Europa gefunden worden, zählten sie vermutlich ganz selbstverständlich zur «eigenen» kulturellen und wissenschaftlichen Geschichte. Mit dem Ursprungsort auf dem Kontinenten Afrika aber ändern sich die Erzählungen. Wir müssen darüber reden, wie sich die Wahrnehmungen an dieser Stelle verschieben und wie neue Formen der Zusammenarbeit entstehen können. Auch in Afrika muss offen und selbstreflektiert darüber nachgedacht werden, wie die Museen der Zukunft aussehen sollen. Für vieles fehlt uns bislang das Werkzeug – wir müssen also alle lernen.

Die Krone von Maqdala ist von zentraler Bedeutung für Äthiopien – doch sie befindet sich noch immer in Grossbritannien.



© IMAGO/United Archives International

Seit Jahren fordert die äthiopische Regierung von Grossbritannien Schätze zurück, die 1868 geraubt wurden, darunter eine Krone und mehrere heilige Gebetstafeln. Doch britische Verantwortliche mauern.

Von Natalie Wenger

Die gestohlene Krone

Richard Holmes erstand die goldene Krone für vier Pfund. Holmes, ein Assistent in der Handschriftenabteilung des British Museum, kaufte den Schatz einem britischen Soldaten ab, der in der Schlacht von Maqdala gekämpft hatte. Die Krone aus drei filigranen Rängen und einer Kuppel, verziert mit Darstellungen der Apostel und der vier Evangelisten, war Teil eines grossen Schatzes, der aus der Bergfestung Maqdala und der zugehörigen Kirche in der heutigen Amhara-Region Äthiopiens geraubt worden war. Holmes versprach den Plünderern, später 2000 Pfund zu bezahlen – was dem damaligen Wert des verwendeten Goldes entsprach.

Der Beschuss der äthiopischen Festung Maqdala hatte am Morgen des 13. April 1868 begonnen. Mehrere Stunden lang feuerten die britischen Truppen rund 200 Raketen auf die Festung von Kaiser Tewodros II. von Äthiopien. Es war ein Akt der Vergeltung für die vier Jahre zuvor erfolgte Inhaftierung einiger europäischer Missionare und des britischen Konsuls. Mindestens 45 Personen starben bei dem Angriff, Hunderte wurden verletzt.

Für die britische Militärmacht war die Schlacht von Maqdala ein unbedeutendes Ereignis. Ihr erklärtes Ziel war schnell erreicht: Kaiser Tewodros liess die Geiseln frei. Da er

sich nicht ausliefern wollte, erschoss er sich – mit einer Pistole, die ihm einst Königin Victoria geschenkt hatte. Für Äthiopien war die Schlacht von Maqdala hingegen ein historischer Schlag: ein toter Kaiser, Hunderte gestohlene Schätze und ein entführter Thronfolger.

Denn Tewodros' Erbe, der siebenjährige Prinz Alemayehu, wurde von einem Hauptmann der britischen Armee nach England gebracht, wo die Regierung die Verantwortung für seine Erziehung übernahm. Zwölf Jahre später starb der Prinz an einer Brustfellentzündung und wurde in den Katakomben der St.-George's-Kapelle auf Schloss Windsor beigesetzt, unweit der Überreste von Vorfahren der britischen Königsfamilie.

Wiederholte Forderungen nach Rückgabe |

Was mit der Krone aus Maqdala geschehen sollte, diskutierte das britische Parlament bereits 1871. Eine Rückgabe wurde schnell verworfen. Stattdessen bezahlte die Regierung die von Holmes versprochenen 2000 Pfund an die Soldaten und übergab die Krone als Dauerleihgabe an eine Vorläufereinrichtung des Victoria and Albert Museum (V&A) in London. Einer der Wenigen, die die Plünderungen von Maqdala und



Prinz Alemayehu, der Erbe von Tewodros, wurde als Kind nach England gebracht und von Offizier Captain Speedy aufgezogen, der sich gerne mal in traditionelle äthiopische Kleidung hüllte.

gab es dafür mehrere Gründe, unter anderem vehemente Gegenstimmen in den Online-Netzwerken und aus der Diaspora, die Corona-Pandemie sowie den Beginn eines bewaffneten Konflikts in Äthiopien.

Heilige Tafeln unter Verschluss | Die Krone ist nicht der einzige Gegenstand aus Maqdala, der für Debatten sorgt. In einem Lagerraum des British Museums befindet sich eine Sammlung von elf christlichen Holz- und Steintafeln. Die sogenannten Tabots gehören der äthiopisch-orthodoxen Kirche und sind so heilig, dass nur ihre Priester sie sehen dürfen. Nach Aussage der äthiopischen Kulturministerin Hirut Kassaw sind die Tabots «ein grundlegender Teil des existenziellen Gefüges Äthiopiens und seines Volks».

«In der Tat kann eine Kirche in Äthiopien ohne ihre Tabots nicht als Gotteshaus funktionieren. Die Tabots werden an kirchlichen Feiertagen unter einem Tuch verborgen auf den Strassen präsentiert und von den Gläubigen verehrt», sagt Tahir Shah. «Ironischerweise hat sich das Museum, gerade weil es sich dieser religiösen Regel des Verbergens bewusst ist, bereit erklärt, die Tabots nicht für Ausstellungen oder Studienzwecke zur Verfügung zu stellen.» Äthiopien hat mehrfach die Rückgabe gefordert, doch die Antwort lautete stets Nein. Das beste Angebot des Britischen Museums war, dass es die Möglichkeit einer langfristigen Leihgabe in Betracht ziehen würde. Dabei sind die Tabots, wie viele der Objekte aus Maqdala, für Grossbritannien an sich relativ bedeutungslos – bis jemand sie zurückverlangt.

In den vergangenen Jahren häuften sich weltweit Forderungen nach einer Rückgabe geraubter Artefakte. So forderte Nigeria etwa die Rückgabe der Benin-Bronzen, Griechenland die Rückgabe von Parthe-

den Raub der Krone damals kritisierten, war Premierminister William Gladstone. Er war der Meinung, die Schätze müssten nach Äthiopien zurückkehren.

Die Krone und ein goldener Krug aus Maqdala sind noch heute Teil der Dauerausstellung des V&A. Die übrigen Schätze befinden sich zum grössten Teil in einem Lager. Bereits 2007 hatte Äthiopien die Rückgabe der Krone und weiterer Artefakte gefordert. Als im Jahr 2018 das V&A mehrere Einzelstücke aus Maqdala vorübergehend ausstellte, erhielt die äthiopische Forderung erneut Aufmerksamkeit – jährte sich doch die Schlacht in jenem Jahr zum 150. Mal.

Das V&A weigerte sich, auf die Forderungen einzugehen. Museumsdirektor Tristram Hunt bot lediglich eine langfristige Leihgabe an Äthiopien an. «Dieser Vorschlag zeigt die Arroganz der britischen Museen», sagt Tahir Shah, Gründer der Scheherazade Foundation, die sich unter anderem für die Rückgabe von Raubkunst einsetzt. «Der Vorschlag der Leihgabe ist hinterlistig und kindisch. Das ist fast so, als würde ich meinem Nachbarn den Fernseher stehlen und dann anbieten, ihm diesen auszuleihen.»

Die äthiopische Botschaft in London stieg zunächst auf die Verhandlungen über eine Leihgabe ein, brach diese jedoch nach kurzer Zeit ab. Laut Alula Pankhurst, Mitglied des äthiopischen Komitees für die Rückgabe von Kulturgütern,



Die britische Zeitung «The Sphere» berichtete 1924 über die Rückgabe einer zweiten, weniger wertvollen Krone an den damaligen äthiopischen Regenten Ras Tafari.

© Getty Images/Victoria and Albert Museum

© IMA/GO/Gemini Collection

«Der Vorschlag der Leihgabe ist hinterlistig und kindisch. Das ist fast so, als würde ich meinem Nachbarn den Fernseher stehlen und dann anbieten, ihm diesen auszuleihen.»

Tahir Shah

non-Skulpturen, Chile die Rückgabe eines Moai-Kopfs aus Stein. Während Länder wie Deutschland und Frankreich damit begonnen haben, Raubgüter zurückzugeben, hält Grossbritannien an diesen Schätzen fest. Jeremy Wright, der britische Kulturminister, äusserte einst die Befürchtung, dass die Museen leergefegt würden, wenn man die Restitution konsequent verfolgen würde. «Das Problem ist, dass Grossbritannien die gestohlenen Schätze mit Macht verbindet», sagt Tahir Shah. «Ich wünschte, die britische Regierung würde die Rückgabe als Akt der Versöhnung mit Äthiopien und nicht als Machtverlust ansehen.»

Das britische Parlament verweist in der Debatte um die Rückgabe der Maqdala-Schätze auf den andauernden Konflikt in Äthiopien und argumentiert, die Gegenstände könn-

ten dort nicht angemessen gelagert oder womöglich sogar gestohlen werden. Dies erscheint geradezu zynisch, nachdem bekannt wurde, dass mehr als 2000 Gegenstände aus dem British Museum vermisst werden, gestohlen oder beschädigt wurden. Einige dieser Objekte tauchten auf Online-Verkaufsplattformen wie Ebay auf.

Die Museen begründen ihre Haltung meist mit dem British Museum Act, der es verbietet, wertvolle Objekte ausser Landes zu bringen. Dabei sehe das Gesetz auch eine Ausnahmeregelung vor, sagt Tahir Shah: «Werden Objekte für eine Sammlung als ungeeignet angesehen und nicht ausgestellt, können sie zurückgegeben werden – was auf die Tabots zutrifft.» Dies bestätigte 2021 ein Rechtsgutachten, doch die Treuhänder des British Museum gingen nicht darauf ein.

Erste Erfolge erzielt | Und doch kehrten einige Schätze von Maqdala zurück: 2019 gab das Nationale Armeemuseum in London zwei Haarlocken von Prinz Alemayehu an die äthiopische Regierung zurück. 2021 folgten 13 weitere Artefakte. Die Scheherazade-Stiftung hatte einen Teil dieser Gegenstände im privaten Kunsthandel erworben. Die Objekte sind heute im Äthiopischen Nationalmuseum zu sehen.

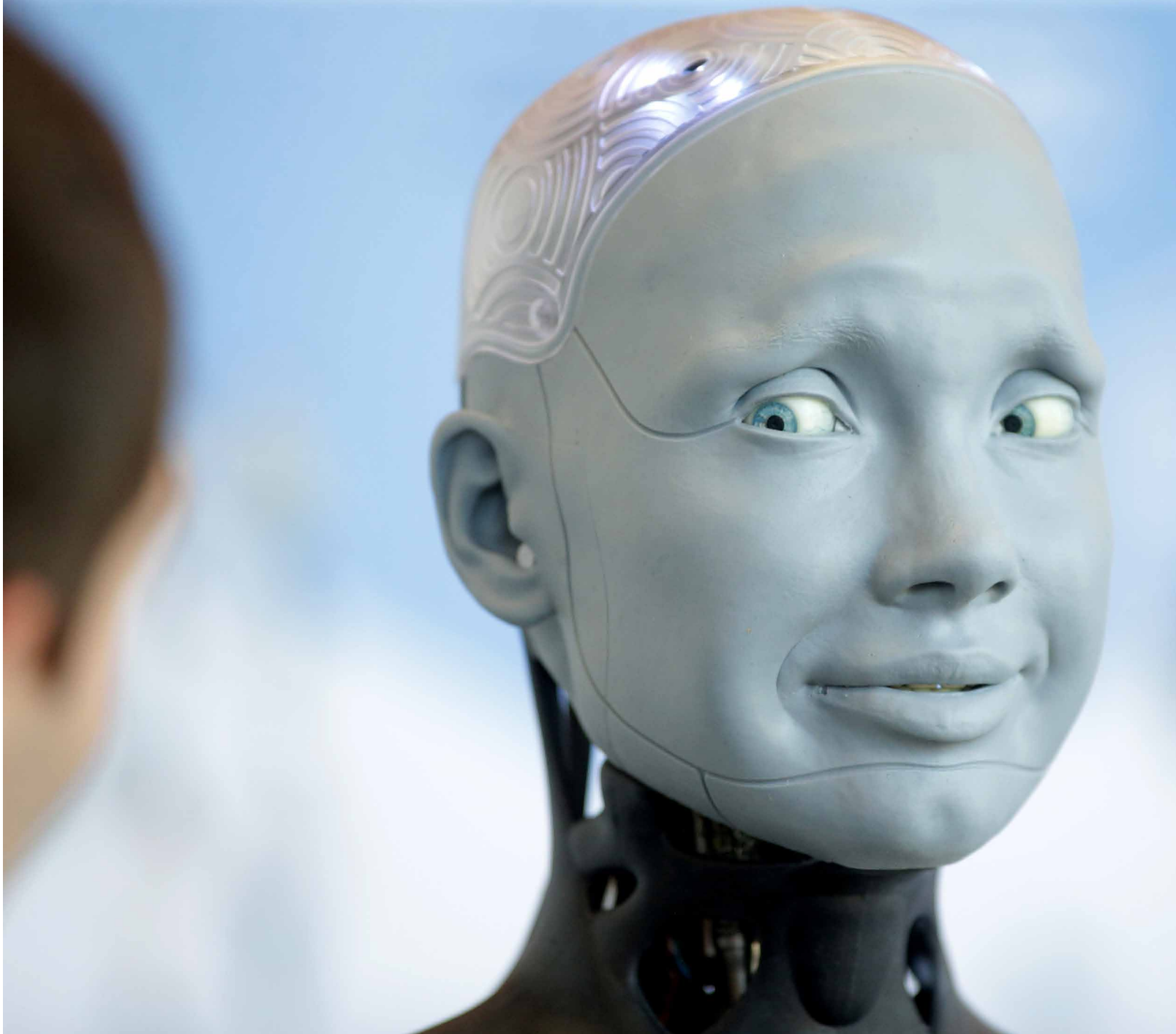
2023 kamen bedeutende Rückgaben dazu. Eine Nachfahrin des Offiziers, der Alemayehu nach England gebracht hatte, händigte eine Haarlocke des Prinzen aus ihrem Erbe an Äthiopien aus. Darüber hinaus ging ein Tabot an die äthiopische Kirche zurück: Ein Historiker, der den Verbleib äthiopischer Artefakte im Kunsthandel verfolgt, hatte die Tafel aufgespürt.

Ein kleiner Sieg für die Versöhnung – doch viele der für Äthiopien wichtigen Schätze sind weiterhin in Grossbritannien. Die Verhandlungen mit dem British Museum über die Tabots stecken fest. Die mehrfache Bitte um eine Überführung der menschlichen Überreste von Prinz Alemayehu wurde vom britischen Königshaus bislang abschlägig beantwortet. Und auch die Krone von Maqdala befindet sich weiterhin im Victoria and Albert Museum – versteckt hinter einer viel besuchten Ausstellung zu Coco Chanel. |

Prinz Alemayehu starb in jungem Alter an einer Brustfellentzündung und wurde in den Katakomben der St.-George's-Kapelle auf Schloss Windsor beigesetzt – wo seine Überreste sich noch heute befinden.



THE YOUNGEST SON OF THEODORE, THE LATE EMPEROR OF ABYSSINIA.



KI – eine Gefahr für Menschenrechte?

Künstliche Intelligenz (KI) beginnt unseren Alltag zu erobern – eine existenzielle Bedrohung für die Menschheit? Menschenrechtsfragen bleiben von der neuen Technologie nicht unberührt.

Von Tobias Oellig

Der Roboter Ameca des britischen Herstellers Engineered Arts interagiert mit Besucher*innen eines Gipfels vom 6. Juli 2023 in Genf, an dem Expert*innen und Vertreter*innen internationaler Organisationen teilnahmen. Eingeladen hatten die Vereinten Nationen, um über das Potenzial der KI für die Stärkung der Menschheit zu diskutieren.

Anfang des Jahres schien das Ende **Anahe**: In die allgemeine Euphorie und Aufbruchsstimmung angesichts der neuen Möglichkeiten von Künstlicher Intelligenz (KI), die Sprachmodelle wie ChatGPT auslösten, grätschte ein Brief von Expert*innen aus der KI-Forschung und dem Silicon Valley hinein. Die Unterzeichner*innen – KI-Unternehmer*innen und führende Wissenschaftler*innen – forderten einen sofortigen sechsmonatigen Entwicklungsstopp für Künstliche Intelligenz. Auch Elon Musk, Apple-Mitgründer Steve Wozniak sowie der Historiker und Bestseller-Autor Yuval Noah Harari setzten ihre Unterschrift unter den Appell. Der klang, als stünde der Weltuntergang kurz bevor: «KI-Systeme mit einer dem Menschen ebenbürtigen Intelligenz können tiefgreifende Risiken für die Gesellschaft und die Menschheit darstellen», heisst es in dem Brief.

Die Verfasser*innen sind der Ansicht, wir befänden uns in einem «ausser Kontrolle geratenen Wettlauf um die Entwicklung und den Einsatz immer leistungsfähigerer digitaler Intelligenz». Nicht einmal die Entwickler*innen würden verstehen, was sie gerade erschaffen. Dramatische Fragen unterfütterten den Aufruf: «Sollen wir zulassen, dass Maschinen unsere Informationskanäle mit Propaganda und Lügen fluten? Sollen wir alle Jobs automatisieren, auch die erfüllenden? Sollten wir nicht-menschliche Intelligenzen entwickeln, die uns irgendwann zahlenmässig überlegen sind, uns überlisten, überflüssig machen und ersetzen? Sollen wir den Verlust der Kontrolle über unsere Zivilisation riskieren?»

Wenn sich die aktuelle Entwicklung fortsetzte, bedrohe das die menschliche

Existenz, so der Brief, unter den mittlerweile über 33 000 Menschen ihre Unterschrift gesetzt hatten.

Wie viel Wahrheit steckt in diesem Szenario, das von so vielen klugen Köpfen heraufbeschworen wird? Müssen wir alles daransetzen, die halb offene Büchse der Pandora wieder zu verschliessen?

Eher Fiktion als Fakt | Anruf bei einer, die es vielleicht weiss: Meredith Whittaker arbeitete 13 Jahre lang bei Google, setzte sich dort kritisch mit dem Thema der digitalen Überwachung auseinander und organisierte die Proteste von Google-Mitarbeiter*innen gegen Diskriminierung, Sexismus und Rassismus. Bis sie den Konzern schliesslich verliess. Heute kritisiert sie Google scharf – besonders, wenn es um Künstliche Intelligenz geht. Nach ihrer Zeit bei Google beriet sie die US-Handelskommission (FTC) in Sachen KI und gründete an der New York University zusammen mit der KI-Forscherin Kate Crawford 2017 das Institut AI Now, wobei AI für Artificial Intelligence, also Künstliche Intelligenz steht. Es ist eines der ersten akademischen Institute, die die ethische Dimension und die sozialen Auswirkungen von Künstlicher Intelligenz erforschen.

Heute ist Meredith Whittaker Präsidentin der gemeinnützigen Stiftung, die hinter der Messenger-App Signal steckt, und setzt sich vor allem mit Datenschutzfragen zu KI auseinander. Das «Time-Magazine» zählte Whittaker 2023 zu den 100 einflussreichsten Menschen im Bereich der KI-Entwicklung. Kurz gesagt: Sie ist jemand, der gut einschätzen kann, ob die Welt wegen KI tatsächlich untergehen wird.



© Florian Hetz

Die Forscherin **Meredith Whittaker** setzt sich mit den sozialen Auswirkungen und ethischen Fragen rund um KI auseinander.

rechten im Zeitalter der Künstlichen Intelligenz stürmische Zeiten bevor.

«Ich befürchte, dass KI-Technologien mit ihren riesigen Datenmengen, die durch Überwachung genährt werden, die soziale Kontrolle und das Ungleichgewicht von Machtverhältnissen immer weiter verschärfen werden. Es bereitet mir grosse Sorge, dass diese jetzt schon problematischen Dynamiken der Ungleichheit einen Punkt erreichen könnten, an dem Wandel durch demokratische Prozesse gar nicht mehr möglich sein könnte. Weil die Möglichkeiten, privat zu kommunizieren, autonom zu handeln und dadurch Einfluss zu nehmen, auf Politik und Wirtschaft eingeschränkt werden durch einen allgegenwärtigen Überwachungsstaat. Hinzu kommen die Dynamiken des Klimachaos. Klar ist eigentlich nur so viel: Das komplexe Zusammenspiel von Klimakrise, geopolitischen Spannungen und technologischem Fortschritt bestimmt das nächste Jahrzehnt. Und ich glaube, der Aufstieg des Autoritarismus, begünstigt durch immer raffiniertere Überwachungstechnologien, ist ein bedeutender Teil dieses Szenarios. Macht richtig Laune, oder?», sagt Whittaker.

KI-Technologie spielt also repressiven Regierungen und Regimes in die Hände, Meinungsfreiheit und Privatsphäre sind durch immer raffiniertere Überwachungsmöglichkeiten bedroht und damit auch die demokratische Gesellschaft. So unähnlich sind Whittakers Einschätzungen jener der Schwarzmaler*innen im Warnbrief nicht. Und eine Agenda hat sie auch: Immer wieder verweist sie – als Chefin einer Kommunikations-App, die verschlüsseltes Messaging erlaubt – darauf, wie bedroht die Datensicherheit im KI-Zeitalter ist.

Nachvollziehbar sind ihre Überlegungen trotzdem. Auch jene zum Thema Arbeitsrechte: Wiederholt berichteten US-amerikanische Medien von «digitalen Sweat Shops» auf den Philippinen oder in Kenia. Tausende Menschen arbeiten dort, oft unterbezahlt und unter erbärmlichen Bedingungen, um KI-Systeme mit Unmengen an Daten zu füttern und so zu trainieren. Mehrere KI-Unternehmen werden beschuldigt, grundlegende Arbeitsstandards zu missachten und ihre ausländischen Arbeiter*innen auszubeuten. Die Entwicklung von KI ist also in vielfacher Hinsicht mit Menschenrechtsverletzungen verbunden.

Haben wir es hier mit einer Art digitalen Kolonialismus zu tun? «Ja», sagt Meredith Whittaker. «Um KI-Systeme zu erschaffen, kann man nicht einfach riesige Datenmengen in einen Computer werfen. Sie müssen organisiert werden. Oft sind sehr verstörende Inhalte dabei. Wir verlagern diese belastende Arbeit ins Ausland und beuten die Intelligenz der dortigen Arbeiter*innen aus. Konzerne nehmen das in Kauf, um KI-Sprachmodelle entwickeln zu können, die innerhalb der Normen eines öffentlichen liberalen Diskurses agieren.»

Kann man trotz allem hoffnungsvoll in die Zukunft blicken? Zumindest wird Künstliche Intelligenz mit aller Wahrscheinlichkeit nicht das Ende der Menschheit herbeiführen. Erlösen von unseren Problemen wird sie uns, wie alle anderen Technologien vor ihr, allerdings auch nicht. Die Probleme der Welt scheinen durch KI eher noch komplexer zu werden.

«Der Fokus muss sich verschieben von der Technologie auf soziale und politische Veränderungen, die die Welt gerechter für alle machen», sagt Whittaker. «Ohne diesen Wandel wird es nicht möglich sein, KI oder eine andere Technologie sinnvoll als gemeinsame Ressource in einem signifikanten Massstab für etwas Gutes einzusetzen.»

«Manche finden schreckliche Science-Fiction-Szenarien anscheinend immer wieder faszinierend», sagt Whittaker. «Der Gedanke scheint irgendwie unwiderstehlich zu sein, dass wir gerade an einem Scheidepunkt in der Menschheitsgeschichte stünden, wo wir in der Lage wären, eine Art künstlichen Gott zu erschaffen. All das steht Fiktion und religiösen Glaubensbekenntnissen näher als wissenschaftlichen Fakten.»

Whittaker vermutet hinter dem Appell des Briefes eher die Marketingstrategie grosser Tech-Konzerne, die mit den Ressourcen ausgestattet sind, eine KI im grossen Massstab zu entwickeln. «Deren Narrativ zieht halt: Wenn du behauptest, in Besitz einer Technologie mit übermenschlichen Kräften und grenzenlosen, fast schon überirdischen Hirnfähigkeiten zu sein, – sprich: eines Supercomputers, der in der Lage ist, die Menschheit auszulöschen –, dann ist das zunächst mal ziemlich gute Werbung für dein Produkt. Und weltweit gibt es wahrscheinlich nur wenige Regierungen und Militärs, die da nicht aufhorchen», sagt Whittaker.

Eigentliche Bedrohungen | Entwarnung also: erstmal kein Weltuntergang. Dennoch: Auch Whittakers Prognosen zufolge stehen den Menschen-

Für Friedensbemühungen ist es nie zu früh

Trotz der gegenwärtigen Eskalation des Israel-Palästina-Konfliktes muss jetzt an Perspektiven für einen Frieden gearbeitet werden. Welche Rolle kann die Schweiz dabei spielen?

Ein Beitrag von Laurent Goetschel, Direktor von swisspeace.

Kaum bricht ein Krieg aus, steigt das Interesse an Frieden. Wobei es im Grunde genommen um die Gründe für dessen Scheitern geht. Als im Februar 2022 die russischen Truppen in die Ukraine einmarschierten, wurden nicht nur die vorangehenden Friedensbemühungen in der Ukraine infrage gestellt, sondern die gesamte europäische Friedens- und Sicherheitsordnung, die seit dem Ende des Kalten Krieges aufgestellt worden war. Doch hatten diese Friedensbemühungen kaum je das Geschehen dominiert, basierte doch der Einbezug Russlands in den beiden letzten Jahrzehnten weitestgehend auf rein wirtschaftlichen Beziehungen und nicht auf einer politischen Wertegemeinschaft.

Kein Versagen des Friedens

Ähnliches lässt sich bezüglich des Krieges in Israel und Palästina sagen: Der sogenannte Oslo-Friedensprozess, der zu einer Zweistaatenlösung hätte führen sollen und dem beide Parteien sich verpflichtet hatten, ist schon seit vielen Jahren ein toter Buchstabe. Der Terrorangriff der Hamas und die massive militärische Reaktion Israels lassen für viele Menschen jegliche Friedensbemühungen erst recht als nichtig erscheinen.

Haben denn all die Friedensbemühungen versagt? Es ist wichtig, aus dem Ausbruch eines Krieges nicht auf das Scheitern des Friedens zu schliessen. Denn es würde bedeuten, dass Frieden nur als Abwesenheit von Krieg verstanden wird. Dabei sind moderne Friedens-

bemühungen viel umfassender und zielen darauf ab, die Bedingungen des Zusammenlebens der betreffenden Gesellschaften so zu gestalten, dass es eben gerade nicht zu solchen Eskalationen kommt. Dafür spielen Normen bzw. Werte, Inklusion und die Zivilgesellschaft eine essenzielle Rolle.

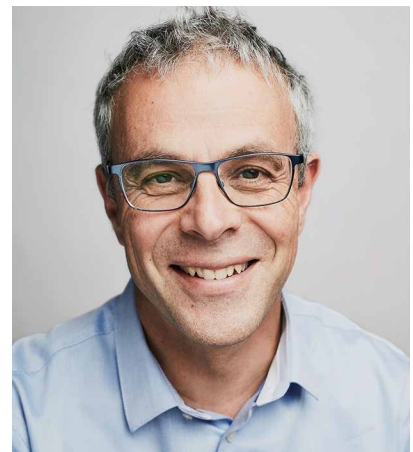
Über das Jetzt hinausdenken

In den letzten Wochen sind diese Prinzipien unter starken politischen Druck geraten. Die extreme Polarisierung in der politischen Rezeption des Konflikts hat die Tür für Parteinahmen geöffnet, welche suggerieren, dass sich die beiden Seiten dermassen voneinander unterscheiden, dass sie keinen Anspruch auf gleichwertige Behandlung gemäss humanitärem Völkerrecht haben. Ein ähnliches Denken hatte die Reaktion der USA auf die Terrorangriffe auf die Twin Towers in New York geprägt. Es führte zur Einrichtung des exterritorialen Gefängnisses in Guantánamo, in welchem immer noch Gefangene ausharren, die dem Geltungsbereich des Völkerrechts entzogen wurden.

Laurent Goetschel ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Basel und Direktor der Schweizerischen Friedensstiftung (swisspeace).

Zum Kernbestand des humanitären Völkerrechts gehören die Unterscheidung zwischen Kämpfenden und der Zivilbevölkerung sowie die Einhaltung gewisser Normen im Umgang mit Kriegsgefangenen. Beide bezwecken, dass auch im Krieg ein Mindestmass an Menschlichkeit gewährleistet bleibt. Darüber hinaus sollen diese Normen auch dazu beitragen, dass die Konfliktparteien nach dem Krieg einfacher wieder zueinander finden. Denn je brutaler und inhumaner der Krieg geführt wird, umso schwieriger gestaltet sich der Wiederaufbau.

Perspektiven entwickeln | Für Israel und Palästina muss aber nach den verheerenden Entwicklungen der letzten Wochen für die rund 15 Millionen Men-



© zvg

schen zwischen dem Jordan-Fluss und dem Mittelmeer dringend eine Perspektive entwickelt werden, die allen eine Zukunft bietet. Dies mag zurzeit als unwahrscheinlich, wenn nicht gar unmöglich erscheinen. Es gibt dazu aber keine konstruktive Alternative.

Die Rolle der Schweiz | Welche Rolle kann die Schweiz für eine solche Friedensperspektive spielen? Ihr friedenspolitisches Engagement war in Bezug auf den Nahen Osten bisher kohärent: Sie liess sich nicht in die eine oder andere Ecke drängen und pflegte möglichst zu allen Seiten Kontakte, sie führte jenseits von Uno-Beschlüssen keine Liste terroristischer Organisationen, sie beharrte gegenüber allen Parteien auf die Einhaltung des Völkerrechts, und sie arbeitet seit vielen Jahren mit nichtstaatlichen Akteuren zusammen. Es ist nachvollziehbar, dass dieses Engagement der Schweiz im Nahen Osten in einer emoti-

onal und politisch aufgeladenen Zeit, wie sie aktuell gegeben ist, unter Druck gerät. Es wäre jedoch fatal, wenn sich Regierung und Parlament dadurch beeindruckten liessen.

Friedenspolitik ist keine Schönwetterpolitik. Sie ist per Definition politisch, denn sie interveniert im Innersten machtpolitischer Kämpfe mit dem Ziel, einen Beitrag zur Reduktion militärischer Gewalt zu leisten. Dazu gehört die gezielte Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen, deren Ziele denjenigen der Schweizer Aussenpolitik entsprechen. Dass dies nicht bei allen Akteur*innen vor Ort gleichermassen auf Gegenliebe stösst, liegt in der Natur der Sache.

Alternative Stimmen fördern |

Die Förderung von Demokratie, Menschenrechten und der Gesundheitsvorsorge, um nur drei der betroffenen Bereiche zu nennen, kann jedoch kaum als

Widerspruch zur Friedensförderung gesehen werden. Getreu diesen Prinzipien sollte sich die Schweiz nun darauf konzentrieren, ihren möglichen Beitrag für die Zukunft zu definieren. Neben der Verbesserung der desaströsen humanitären Lage wird es dabei in erster Linie darum gehen, den Palästinenser*innen in Gaza, die weder der Hamas noch anderen extremistischen Organisationen angehören, eine Stimme zu verleihen. Denn es war eine der Konstanten der letzten Jahre, dass die israelische Regierung und die internationale Gemeinschaft auf die Abwesenheit eines aus ihrer Sicht akzeptablen Gesprächspartners im Küstenstreifen verwiesen. Die Schweiz könnte solchen alternativen Stimmen Gehör und Legitimation sowie in Zusammenarbeit mit Dritten auch Schutz verschaffen. Mit diesem Spalt im aktuellen Felsen würde mit der Zeit vielleicht auch wieder etwas Licht in den Nahen Osten dringen. |

Friedenspolitik ist keine Schönwetterpolitik. Sie ist per Definition politisch, denn sie interveniert im Innersten machtpolitischer Kämpfe mit dem Ziel, einen Beitrag zur Reduktion militärischer Gewalt zu leisten.

Was sagt das humanitäre Völkerrecht?

Im gegenwärtigen Konflikt zwischen dem israelischen Staat und der Hamas werden beide Seiten von der internationalen Gesellschaft ermahnt, das Völkerrecht einzuhalten. Doch was ist das humanitäre Völkerrecht und welche seiner Regeln sind hier relevant?

Zusammengestellt von Manuela Reimann Graf

Was ist das humanitäre Völkerrecht?

Das humanitäre Völkerrecht (HVR) ist ein internationales Regelwerk, das darauf abzielt, die Auswirkungen von bewaffneten Konflikten zu begrenzen. Man spricht im Zusammenhang mit dem HVR auch von «Kriegsvölkerrecht» oder dem «Recht der bewaffneten Konflikte». Seine wichtigsten Bausteine sind die Haager Abkommen von 1899 und 1907, die 1949 verabschiedeten vier Genfer Abkommen sowie die 1977 und 2005 verabschiedeten Zusatzprotokolle zu den Genfer Abkommen. 1980 kam ausserdem das Übereinkommen über das Verbot oder die Beschränkung bestimmter konventioneller Waffen dazu. Die Existenz eines bewaffneten Konflikts ist dabei eine Bedingung für die Anwendung des HRV – Unruhen oder einzelne Gewaltakte genügen nicht. Für die Anwendung spielt der Kriegsgrund keine Rolle. **Alle Konfliktparteien sind an die Bestimmungen gebunden**, unabhängig davon, wer für den Kriegsausbruch verantwortlich ist.

Wen schützt das humanitäre Völkerrecht?

Das HVR stellt Regeln auf, die die Auswirkungen von Gewalt in bewaffneten Konflikten gering halten sollen – egal ob innerhalb eines oder zwischen Staaten. Es schützt die Zivilbevölkerung und Personen, die nicht oder nicht mehr an den Kämpfen beteiligt sind, darunter medizinisches Personal, verwundete Kombattanten und Kriegsgefangene. Das HVR baut auf dem sogenannten **Unterscheidungsprinzip** auf: **Die Konfliktparteien müssen immer zwischen Zivilbevölkerung und zivilen Objekten einerseits und Militär und militärischen Einrichtungen andererseits unterscheiden**. Weder die Zivilbevölkerung als Ganzes noch einzelne Zivilist*innen dürfen direkt angegriffen werden. Angriffe sind nur erlaubt, wenn sie auf militärische Ziele oder Personen, die an den Kampfhandlungen teilnehmen, gerichtet sind. **Umgekehrt ist die angegriffene Partei verpflichtet, ihre Zivilbevölkerung so gut wie möglich zu schützen, insbesondere indem sie diese von militärischen Objekten entfernt**.

Dies schliesst allerdings einen sogenannten «Kollateralschaden», also zivile Tote und Verwundete sowie die Zerstörung ziviler Ob-

jekte, nicht aus, muss aber im Verhältnis zum militärischen Vorteil stehen (sogenanntes **Notwendigkeitsprinzip**) und so klein wie möglich gehalten werden (sogenanntes **Verhältnismässigkeitsprinzip**).

Welche Kriegsmethoden sind verboten?

Die Grundsätze der Notwendigkeit und der Verhältnismässigkeit gebieten, dass **Kampfmethoden und -mittel so gewählt werden, dass für die Erreichung des militärischen Ziels unnötiges Leid und unnötige Verluste verhindert werden**. Mittel und Methoden, die nicht zwischen an der Kampfhandlung beteiligten und unbeteiligten Personen unterscheiden, sind verboten. Ebenfalls verboten sind Waffen, die überflüssiges Leid verursachen oder der Umwelt schwere (Langzeit-)Schäden zufügen.

Wer setzt das humanitäre Völkerrecht durch?

Bei schweren Verletzungen des humanitären Völkerrechts spricht man von Kriegsverbrechen. Die Staaten müssen **Kriegsverbrechen**, die von ihren Staatsangehörigen, ihren Streitkräften oder auf ihrem Hoheitsgebiet begangen wurden, untersuchen und wenn möglich die Verdächtigen strafrechtlich verfolgen. Seit 2002 gibt es den permanenten Internationalen Strafgerichtshof, dessen Kompetenz von bisher 122 Ländern anerkannt wurde. Er kann schwere Verstösse gegen das HRV untersuchen und gegen verantwortliche Personen vorgehen. Die Strafverfolgung kann auch vor einigen inländischen Gerichten erfolgen, die die «universelle Gerichtsbarkeit» übernommen haben. Sie können eine Straftat verfolgen, die ausserhalb ihres Landes von Personen begangen wurde, die nicht die Staatsangehörigkeit des Landes besitzen, wo jedoch die Straftat schwer genug ist, um überall strafrechtlich verfolgt zu werden. |

Quellen:
www.amnesty.ch/humanitaeres-voelkerrecht
 IKRK: Humanitäres Völkerrecht – Humanitäres Völkerrecht – Häufig gestellte Fragen zu den Regeln des Krieges
 (www.icrc.org/de/document/humanitaeres-voelkerrecht-haeufige-fragen-genfer-konventionen)



© DJC Records

Mit seinen im Gefängnis entstandenen Songs will El Bently 448 auch anderen Kraft geben.

Botschaft aus dem Gefängnis

Leon Benson sass fast 25 Jahre unschuldig im Gefängnis. Als Rapper El Bently 448 konnte er nun seine Songs veröffentlichen, die ihn während der Haft am Leben hielten. Von Arndt Peltner

«Ich bin in armen Verhältnissen in Flint, Michigan, aufgewachsen, lebte in Detroit. Ich habe diese Tat nicht begangen. Ich bin mit Kriminellen aufgewachsen, kannte die Strassen, aber ich war kein Killer», sagt Leon Benson. Er wurde mit 22 für einen Mord an einem *weisen* Mann zu 60 Jahren Haft im Staatsgefängnis von Indiana verurteilt. Am 9. März dieses Jahres kam er frei – mittlerweile 47 Jahre alt.

Studierende der Justice Clinic an der University of San Francisco hatten Beweise dafür gefunden, dass Benson zu Unrecht verurteilt worden war. Der leitende Ermittler hatte es versäumt, der Verteidigung Berichte zu übergeben, die darauf schliessen liessen, dass der wahre Mörder ein anderer war. Auch Informationen, die die Aussagen eines Augenzeugen widerlegten, wurden zurückgehalten.

Leon Benson erzählt, dass auch im Gefängnis niemand hören wollte, dass er unschuldig sei. «Immer, wenn es mir schlecht ging, habe ich Songs über Freiheit geschrieben und sie mir vorgesagt, wie ein Mantra.» Als Rapper El Bently 448 hat Benson nun sein Erstlings-

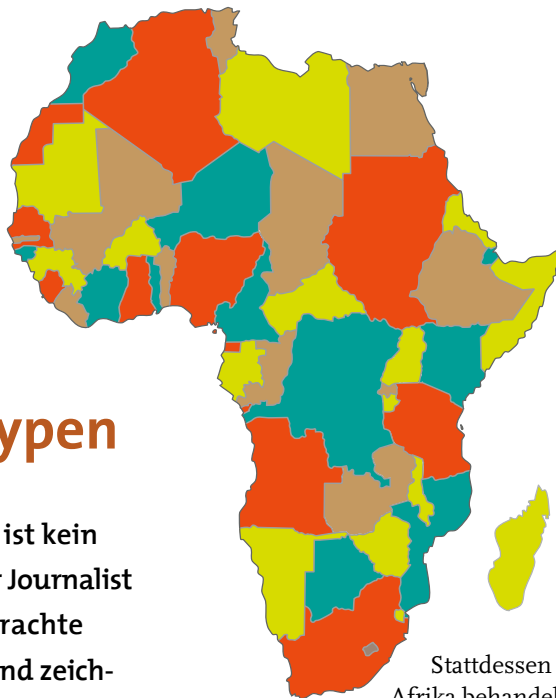
werk «Innocent born guilty» veröffentlicht. Sämtliche Songs entstanden während der Haft. In den fast 25 Jahren im Gefängnis wurde sein Rap immer besser, er trat in der Haftanstalt auf, seine Konzerte wurden über den gefängniseigenen Kanal übertragen. «Das Publikum da drin ist hart», erzählt er. «Wenn sie dich nicht mögen, jagen sie dich von der Bühne.» Das sei ihm aber nie passiert, im Gegenteil: «Sie umarmten mich, egal woher sie kamen und welche Hautfarbe sie hatten.» Er erinnert sich vor allem an ein Mitglied der rassistischen Gang Aryan Nation, die in vielen Gefängnissen der USA herrscht. Der Mann habe ihm nach einem Auftritt für die Lieder gedankt.

Einer der Songs ist «Murderdaworld», den er 2001 schrieb. «Es war damals dieses Gefühl: Ihr habt mich hierher ins Gefängnis gebracht, ich verliere alles.» Heute trägt er den Song mit einer anderen Botschaft vor: «Jetzt ermorde ich die Welt der Armut, der Ungerechtigkeit, des Rassismus, der Diskriminierung.»

Schon während der Haft nahm Leon Benson Kontakt zu Fury Young auf. Dieser hat eine gemeinnützige Organisation

gegründet, um Musik im Gefängnis zu fördern. Benson aka El Bently 448 habe ihm ein paar Songs geschickt, erinnert sich Fury Young: «Er hatte sie selbst aufgenommen, weil ich keinen Zugang zum Gefängnis bekam. Keine Ahnung, wie er das geschafft hat. Ich fand sie richtig gut.» Youngs Label Die Jim Crow Records veröffentlichte Bensons Erstlingswerk. «Kunst ist eine Möglichkeit, die eigene Identität zu finden», sagt Young. «Im Gefängnis ist das besonders wichtig, denn man ist in einer einheitlichen Umgebung, jeder trägt quasi das Gleiche. Man ist irgendwie Eigentum des Staates.»

Leon Benson gewöhnt sich langsam an das Leben in Freiheit. Vom Bundesstaat Indiana hat er nicht einmal eine Entschädigung erhalten. Er sei tief verletzt, sagt er. Er habe seine Kinder nicht aufwachsen sehen, Verwandte und Freund*innen seien gestorben, ohne dass er sich habe verabschieden können. «Die verlorene Zeit, die Wut, die Frustration, das alles ist sehr schmerzhaft», sagt er. Doch er blickt nach vorn, ohne Hass, und hofft, dass er mit seinen Liedern andere erreichen und berühren kann. |



Schluss mit den Stereotypen

In seinem Buch «Afrika ist kein Land» dekonstruiert der Journalist Dipo Faloyin althergebrachte Ansichten über Afrika und zeichnet ein neues Bild des Kontinents. Eines Kontinents, der nicht in ein Wort gefasst werden kann.

Von Natalie Wenger

Es ist unmöglich, zu viele Cousins und Cousinen zu haben. Und es ist die Aufgabe der Aunties (eine liebevolle Bezeichnung für erwachsene Frauen im näheren Umfeld), sich in alle Angelegenheiten einzumischen. Das sind zwei Wahrheiten, mit denen Dipo Faloyin in Nigeria aufwuchs. Er schreibt über ein Land, in dem die Kirche eine zentrale Rolle spielt, Frust und Freuden offen geteilt werden und Pünktlichkeit eine Pflicht ist. Auf wenigen Seiten gelingt es Faloyin, ein persönliches Bild seiner Heimat Nigeria zu zeichnen und so zu zeigen, dass die vielen Länder und Regionen Afrikas sehr unterschiedliche Eigenheiten haben, die ihnen durch die Kolonialisierung lange abgesprochen wurden.

In seinem Buch «Afrika ist kein Land» zeigt der Journalist eindrücklich, welche Auswirkungen die herabsetzende Behandlung einer ganzen ethnischen Gruppe haben kann und welche Gefahren darin liegen, wenn ein toxisches Narrativ sich durchsetzt und so Fiktion zu Fakt wird – zumindest in den Köpfen des Westens. Der Kontinent Afrika besteht aus 54 Ländern, mehr als zweitausend Sprachen und 1,4 Milliarden Menschen. Doch die Vielfalt wird immer wieder ignoriert.

Stattdessen wird Afrika behandelt, als wäre es ein einziges Land – mit gefährlichen Folgen.

Den afrikanischen Ländern wird das Recht auf Selbstbestimmung bis heute immer wieder aberkannt. Noch immer ist Afrika durchzogen von künstlichen Grenzen, die ein paar Kolonialherren an der Berliner Konferenz von 1884 auf einer grotesk ungenauen Karte gezogen haben. Gemeinschaften, ja sogar Familien wurden getrennt, die Menschen wurden gegen ihren Willen in Nationalstaaten zusammengepfertcht, die grösstenteils bis heute weiterbestehen – genauso wie die Konflikte, die durch die Grenzzeichnungen geschaffen wurden.

Dipo Faloyin räumt in seinem Buch auf mit den Stereotypen und den gängigen Bildern von Afrika, die meist vom Kolonialismus geprägt sind. Ihm gelingt es, durch positive, chaotische und komplizierte Geschichten die Vielfalt Afrikas aufzuzeigen. Wie das Problem einer richtigen Darstellung des Kontinents gelöst werden kann, das in einem jahrhundertalten Machtungleichgewicht wurzelt – dafür hat der Autor auch keine griffige Lösung. Doch einen Punkt macht Dipo Faloyin eindringlich klar: dass es Zeit ist, unsere (weissen) Vorstellungen von Afrika endlich zu ändern. |

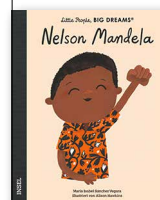


Dipo Faloyin.
Afrika ist kein Land.
Suhrkamp Verlag, 2023.
398 Seiten.

Kinderbücher

Nelson Mandela

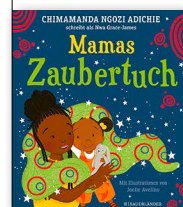
Das Bilderbuch «Nelson Mandela» erzählt die Geschichte des Menschenrechtsverteidigers, der später zum ersten Schwarzen Präsidenten Südafrikas wurde. Auf kindergerechte Weise illustriert das Buch aus der Reihe «Little People, Big Dreams» die beeindruckende Lebensgeschichte Nelson Mandelas – von seinem Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen während der Apartheid über seine Jahre im Gefängnis bis hin zu dem Moment, als er für sein Engagement den Friedensnobelpreis erhielt. Die Reihe «Little People, Big Dreams» porträtiert Personen, die unsere Welt nachhaltig beeinflusst haben, und zeigt, was oft am Anfang grosser Geschichten steht: grosse Träume.



María Isabel Sánchez Vegara.
Illustriert von Alison Hawkins.
Nelson Mandela,
Little People, Big Dreams.
Ab 6 Jahren.
Insel Verlag, 2023.
32 Seiten.

Mamas Zaubertuch

Die bekannte Autorin Chimamanda Ngozi Adichie hat ein Bilderbuch für ihre Tochter Chino geschrieben. «Mamas Zaubertuch» erzählt eine Geschichte von kindlicher Fantasie und Geborgenheit. Die kleine Chino bewundert ihre Mutter und möchte so sein wie sie. Doch als ihre Mutter zur Arbeit geht, ist Chino traurig. Ihre Mutter überlässt ihr daher bis zu ihrer Rückkehr ihr Zaubertuch, ein Seidentuch, das sie sich zum Schlafen um den Kopf bindet. Das Zaubertuch begleitet die kleine Chino durch den Tag und führt sie durch eine bunte Welt voller Diversität und Besonderheiten.



Chimamanda Ngozi Adichie.
Mamas Zaubertuch.
Ab 3 Jahren.
Fischer Sauerländer Verlag, 2023.
32 Seiten.

AMNESTY-BOUTIQUE

Unsere Produkte werden nachhaltig,
ethisch und ökologisch korrekt hergestellt.

SCHENKEN UND GUTES TUN

KUGELSCHREIBER CARAN D'ACHE

Der Klassiker des Schweizer Designs in neuen Farben. Angenehm im Gebrauch, zeitlos, nachfüllbar. In der Schweiz hergestellt.



Solo, metallgelb mit schwarzem Logo auf der linken Seite.

Art. 2420.026 / Fr. 30.–

Im Etui mit Druckbleistift (0,7 mm), weisses Logo auf der linken Seite.

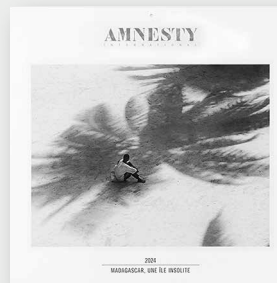
Art. 2420.027 / Fr. 52.–



FOTOKALENDER 2024 «MARQUISES, LE DERNIER PARADIS?»

27 x 35 cm. Ein Monat pro Seite, farbig, mehrsprachig (Französisch und Englisch).

Art. 2430.123 / Fr. 20.–



FOTOKALENDER PRESTIGE 2024

40 x 34 cm. Ein Monat pro Seite, schwarz- Weiss, Französisch.

Art. 2430.124 / Fr. 25.–



TASCHENAGENDA 2024

Der Klassiker. Format A6 (14,5 x 9,4 cm), eine Woche pro Doppelseite, broschiert und fadengeheftet. Deutsch.

Art. 2430.125 / Fr. 8.–

DELUXE TINKER

Zum Tüfteln und Flickern mit 17 Funktionen

Art. 2300.037.DT / Fr. 49.–



TASCHENMESSER VICTORINOX

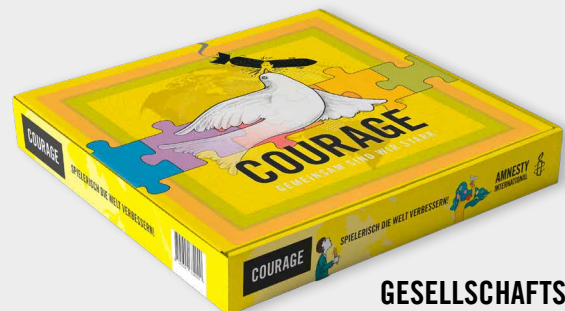
Neue Versionen in Schwarz mit weissem Logo. Swiss made.



SPORTSMAN

Einfaches Modell mit 13 Funktionen

Art. 2300.037.S / Fr. 25.–



GESELLSCHAFTSPIEL «COURAGE»

Strategiespiel mit acht Missionen, 32 Menschenrechtsverteidiger*innen und 200 kreativen Aufgaben. Für 3 bis 6 Spieler*innen ab 10 Jahren. Deutsch oder Französisch. Auch im Geschenkset mit drei Kerzen erhältlich.

Deutsch: Art. 2500.007.D / Fr. 69.90

**WEITERE ATTRAKTIVE PRODUKTE
FINDEN SIE IN UNSEREM WEBSHOP
SHOP.AMNESTY.CH**

FARBIGE KERZEN

Diese Kerzen sind auf Anfrage auch im 12er-Set erhältlich.

NEU

Rotorange/Abricot/Gelb

Paraffin, 3er-Set, assortiert.

Art. 2700.042/ Fr. 24.–



Aubergine/Crème/Himbeer

Paraffin, 3er-Set, assortiert.

Art. 2700.037 / Fr. 24.–

Rehbraun/Moosgrün/Indian Summer –

nur solange Vorrat

Paraffin, 3er-Set, assortiert.

Art. 2700.051 / Fr. 24.–



Eisblau/Apfelgrün/Taubenblau

Paraffin, 3er-Set, assortiert.

Art. 2700.042/ Fr. 24.–



BIENENWACHSKERZEN

2er-Set.

Art. 2700.022 / Fr. 28.–

ADVENTSKERZEN

Im 4er-Set,

etwas grösser (14x6 cm), rot.

Art. 2700.040 / Fr. 36.–



Mitglieder der Schweizer Sektion von Amnesty International erhalten 10 Prozent Rabatt auf Publikationen und Webshop-Artikel mit Ausnahme der Kerzen.

Bestellungen an Amnesty International, Postfach, 3001 Bern oder auf shop.amnesty.ch

ICH BESTELLE FOLGENDE ARTIKEL

| Anzahl | Artikelbezeichnung | Grösse | Art.-Nr. | Preis |
|--------|--------------------|--------|----------|-------|
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |

Name: _____ Strasse: _____

Ort: _____ E-Mail: _____

Tel.: _____ Unterschrift: _____

Mitglieder-/Kund*innen-Nummer: _____

AUFGEKLÄRTE KINDER SIND GLÜCKLICHER



© André Gottschalk

Markus Tschannen ist Journalist und Kolumnist für Familienthemen. Er lebt mit seiner Frau und zwei Kindern in Bern.

Schon Kleinkinder können sich verlieben – laut Fachleuten genauso intensiv wie Erwachsene. Ich war in meiner Kindheit bestimmt zwei Dutzend Mal verliebt. Etwa zur Hälfte in Mädchen und Jungs. Das habe ich nie jemandem erzählt; technisch gesehen ist das hier also mein Coming-out.

Aber heute beschäftigt mich das kaum noch. Ich bin einfach ich und ganz zufrieden damit. Es fühlt sich gut an, endlich mit sich im Reinen zu sein, denn als Kind war ich es nicht. Das lag weniger an mangelndem Selbstbewusstsein als an fehlender Information. Ich wusste nicht, dass all meine Gefühle normal waren. Verliebte ich mich in Anja, entsprach das dem, was die Welt mir vorlebte. Schwärmte ich für Max, fühlte ich mich falsch. «Das darf nie jemand erfahren», dachte ich, und: «Ich bin der Einzige auf der Welt, dem es so geht.» Ich verzweifelte nur deshalb nicht an meiner Identität, weil ich mich immer mal wieder in eine Anja verliebte.

Dabei hätte mir lediglich jemand sagen müssen: «Hey, viele Jungs verlieben sich in Jungs.» Ich hätte ausserdem gerne gewusst, dass die geschlechtliche Identität einen gewissen Spielraum bietet. Zu oft fühlte ich mich auch da in eine unbequeme Rollen-schublade gedrängt.

Doch meine Kindheit fiel nicht in die Hochblüte der sexuellen Aufklärung. Wie viele Millennials musste ich mir die entsprechenden Informationen selbst zusammenkratzen. Ich lernte die Basics aus einem Stapel Hochglanzmagazine, den ein paar ältere Schüler bei der jährlichen Papiersammlung aussortiert und auf meinem Schulweg versteckt hatten. Die Bilder waren eindeutig, aber eben auch einseitig.

Heute ist die Vielfalt von Liebe und Identität sichtbar, aber nach wie vor wird vor allem die Mehrheitsnorm zelebriert. Insbesondere junge trans Kinder leben jahrelang mit dem Gefühl, etwas stimme mit ihnen nicht, bevor endlich jemand sagt: «Du bist gut, so wie du bist!»

Lasst uns die Kinder besser aufklären. Früh und breit. Nicht nur über Bienchen und Blümchen, sondern unverblümt über die Vielfalt der Sexualität, die Vielfalt der gegenseitigen Anziehung und der geschlechtlichen Identität. Lasst uns denen die Stirn bieten, die behaupten, damit würden Kinder indoktriniert und verwirrt.

Aufklärung ist Wissen. Sie ist Grundlage dafür, sich selbst zu finden. Sie gehört zum Recht aller Kinder auf eine freie Entfaltung. Gut aufgeklärte Kinder sind besser vor sexueller Gewalt geschützt und glücklicher. Nicht Aufklärung ist Indoktrination, Nichtaufklärung ist Indoktrination. Nicht Wissen verwirrt, sondern Einsamkeit. |

**NICHT AUFKLÄRUNG IST INDOKTRINATION,
NICHTAUFKLÄRUNG IST INDOKTRINATION.**



© Amnesty International

BRIEFMARATHON 2023

BRIEFE SCHREIBEN UND LEBEN VERÄNDERN

Im grössten Menschenrechtsevent weltweit unterstützt Amnesty International dieses Jahr Menschenrechtsverteidiger*innen aus Australien, Brasilien, Kirgistan, Myanmar und Polen.

**WRITE
FOR
RIGHTS**

AMNESTY
INTERNATIONAL



Seit mehr als 20 Jahren unterstützt Amnesty mit dem Briefmarathon Menschen, die sich mutig für die Menschenrechte engagieren. Dieses Jahr sind das sechs Menschenrechtsverteidiger*innen aus Australien, Brasilien, Kirgistan, Myanmar und Polen, die sich für ihre Heimat, die Umwelt, für Frauenrechte und für Gerechtigkeit einsetzen. Sie wurden bedroht, weil sie Gerechtigkeit verlangten, sie wurden angeklagt, weil sie anderen Menschen halfen, sie mussten fliehen, weil Konzerne den Hass gegen Minderheiten befeuerten.

Seit dem ersten Briefmarathon im Jahr 2001 in Polen wurden aus den zunächst Tausenden Briefen inzwischen Millionen Solidaritäts-

briefe und Petitionsunterschriften weltweit. Jahr für Jahr haben Sie mit Ihrer Unterstützung des Briefmarathons dazu beigetragen, das Leben von Menschen zu verändern, die bedroht waren.

Machen Sie auch dieses Jahr wieder mit und zeigen Sie sich solidarisch: Ein Brief kann Leben verändern. Ihre Unterstützung ist mehr denn je gefragt!

Natalie Wenger

Unterstützen Sie die sechs Menschen, die wir auf der folgenden Seite vorstellen, und unterschreiben Sie die Petition für Justyna Wydrzyńska in Polen auf Seite 46.

MACHEN SIE MIT! MIT DEM BRIEFMARATHON 2023 UNTERSTÜTZEN WIR FOLGENDE MENSCHENRECHTSAKTIVIST*INNEN:

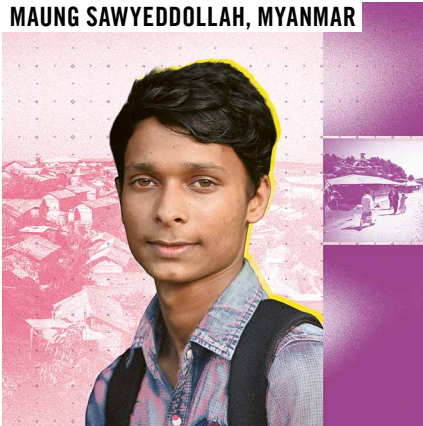
RITA KARASARTOVA, KIRGISTAN



Rita Karasartova wurde im Oktober 2022 zusammen mit 26 anderen Personen verhaftet, weil sie gegen ein Grenzabkommen der kirgisischen Regierung protestiert hatte, das Usbekistan die Kontrolle über ein Süßwasserreservoir übertrug. Die Menschenrechtsverteidigerin befürchtet, dass die Trinkwasserversorgung der lokalen Bevölkerung gefährdet ist. Rita Karasartova muss mit 15 Jahren Haft rechnen.

Maung Sawyeddollah war 15 Jahre alt, als das Militär Myanmars eine Welle von Morden und Gewalt gegen die ethnische Gruppe der Rohingya startete. Der Hass und die Aufrufe zu Gewalt gegen die Rohingya waren von Facebook-Algorithmen befördert worden. Maung Sawyeddollah musste mit seiner Familie nach Bangladesch flüchten. Jetzt fordert er von Facebook-Eigentümer Meta, Wiedergutmachung zu leisten.

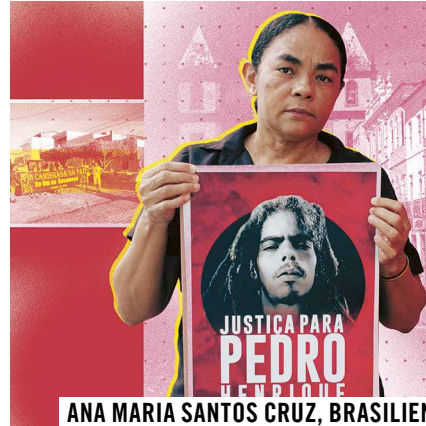
MAUNG SAWYEDDOLLAH, MYANMAR



Maung Sawyeddollah musste mit seiner Familie nach Bangladesch flüchten. Jetzt fordert er von Facebook-Eigentümer Meta, Wiedergutmachung zu leisten.

Um mehr zu erfahren oder einen Brief zu schreiben, besuchen Sie die Webseite: www.briefmarathon.ch

Ana Maria Santos Cruz' Sohn, Pedro Henrique, wurde im Dezember 2018 von verummten Männern erschossen, die als Polizeibeamte identifiziert wurden. Die Beamten sind noch immer im Dienst. Ana Maria kämpft trotz Schikanen für Gerechtigkeit und fordert von den Behörden, dass der Tod ihres Sohnes untersucht wird und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.



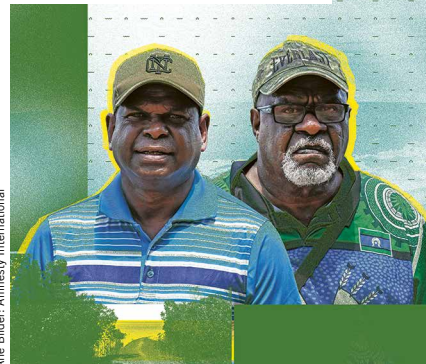
ANA MARIA SANTOS CRUZ, BRASILIEN

JUSTYNA WYDRZYŃSKA, POLEN



Justyna Wydrzyńska verhalf einer Frau, die sich in einer missbräuchlichen Beziehung befand, zu einem sicheren Schwangerschaftsabbruch. In Polen ist dies eine Straftat, ausser die Schwangerschaft ist auf eine illegale Handlung wie Vergewaltigung zurückzuführen oder gefährdet die Gesundheit der Frau. Justyna Wydrzyńska wurde angeklagt und verurteilt – ein gefährlicher Präzedenzfall.

ONKEL PABAI UND ONKEL PAUL, AUSTRALIEN



Onkel Pabai und Onkel Paul sind Anführer der indigenen Gemeinschaft Guda Maluyligal. Ihre Gemeinschaft lebt schon seit vielen Generationen auf den Inseln im nördlichen Australien, doch nun droht ihre Heimat wegen des Klimawandels unterzugehen. Deshalb zogen Onkel Pabai und Onkel Paul vor Gericht. Sie fordern, dass die Regierung endlich Massnahmen ergreift.

Alle Bilder: Amnesty International



© Marc Henley/Panos

Die Inklusions-Initiative möchte Barrieren abbauen, denen Menschen mit Behinderungen im Alltag und in der Gesellschaft begegnen. Eine Porträt-Serie zeigt, wie Betroffene mit diesen Diskriminierungen umgehen und was nötig ist, um sie zu überwinden.

Menschen mit Behinderungen sind weiterhin in vielen Bereichen vom öffentlichen Leben ausgeschlossen und werden in ihrer Selbstbestimmung eingeschränkt. Was genau bedeutet das für ihren Alltag? Eine Reihe von Porträts möchte dies beantworten, vor allem aber auch aufzeigen, welche positiven Erfahrungen die Betroffenen machen und welche Stärken sie in sich sehen. In der Schweiz gibt es 1,7 Millionen Menschen mit Behinderungen, jede fünfte Person ist betroffen – die Behinderungen sind dabei sehr vielfältig und werden von jeder betroffenen Person anders erlebt und gelebt.

Die Porträts sind Teil der Kampagne für die Inklusions-Initiative, die die tatsächliche Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen einfordert. «In der Schweiz herrscht noch viel zu häufig die Auffas-

sung, dass es Menschen mit Behinderungen doch bereits gut gehe oder dass die Schweiz eine Vorreiterin in Sache Barrierefreiheit sei», sagt die Journalistin Kim Pittet, die einige der Porträts verfasst und selbst mit einer Behinderung lebt. «Auch in der Schweiz gibt es Verbesserungsbedarf. Wir müssen hinschauen und aktiv werden. Die Porträts sollen einen Einblick ermöglichen und es erlauben, die Perspektive zu wechseln.»

Manuela Reimann Graf

Lernen Sie die Geschichten von spannenden, unterschiedlichen Menschen kennen und erfahren Sie, warum die Inklusions-Initiative für uns alle so wichtig ist. Sie finden die Porträts demnächst auf unserer Website.



PETITION

DIE VERURTEILUNG VON JUSTYNA WYDRZYŃSKA MUSS AUFGEHOBEN WERDEN!

HIER UNTERSCHREIBEN ODER VIA QR-CODE ZUR ONLINE-PETITION



An die polnische Generalstaatsanwaltschaft

Sehr geehrter Generalstaatsanwalt

Im Februar 2020 unterstützte Justyna Wydrzyńska eine verzweifelte Frau, die sich in einer missbräuchlichen Beziehung befand, und verhalf ihr zu einem sicheren Schwangerschaftsabbruch. Im November 2021 wurde Justyna Wydrzyńska wegen «Beihilfe zu einem Schwangerschaftsabbruch» angeklagt und zu acht Monaten gemeinnütziger Arbeit verurteilt.

Ich fordere Sie auf, alle notwendigen Massnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass diese ungerechtfertigte Verurteilung von Justyna Wydrzyńska aufgehoben wird. Ich bitte Sie zudem, keine weiteren Anklagen gegen Justyna Wydrzyńska wegen ihres legitimen Engagements für die Menschenrechte zu erheben.

Justyna Wydrzyńska und andere Aktivist*innen bieten Frauen, die die ihnen zustehende medizinische Versorgung in Anspruch nehmen wollen, wichtige Unterstützung und vertrauenswürdige Informationen.

| Name | Vorname | Adresse | Unterschrift |
|------|---------|---------|--------------|
| 1 | | | |
| 2 | | | |
| 3 | | | |
| 4 | | | |
| 5 | | | |



SETZEN SIE SICH MIT AMNESTY FÜR DIE MENSCHENRECHTE EIN

AKTIV IN EINER GRUPPE

Überall in der Schweiz setzen sich Menschen mit Amnesty International ein. Auch in Ihrer Region. Weitere Informationen finden Sie auf www.amnesty.ch/mitmachen.

MIT EINER SPENDE

Ihre finanzielle Unterstützung, sei es eine einmalige oder eine regelmässige Spende, bringt die Menschenrechte voran. Sie finden einen Einzahlungsschein in der Beilage.

**BESTELLEN SIE KOSTENLOS
DEN E-NEWSLETTER AUF
WWW.AMNESTY.CH/NEWSLETTER**

BEI AMNESTY YOUTH

AMNESTY YOUTH ist ein Netzwerk von jungen Menschen, die sich in der Schweiz für eine bessere Welt einsetzen.
Mehr Infos: www.amnestyyouth.ch

ONLINE

Unter www.amnesty.ch/action finden Sie aktuelle Informationen zu unseren Aktivitäten und diverse Möglichkeiten, sich mit uns zu engagieren.



AMNESTY INTERNATIONAL Schweizer Sektion
Speichergasse 33 . Postfach . 3001 Bern
T: +41 31 307 22 22 . F: +41 31 307 22 33
contact@amnesty.ch . www.amnesty.ch
PG: 30-3417-8 . IBAN: CH52 0900 0000 3000 3417 8